



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 156

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 156

vom 4.4.2017

del 4/4/2017

Präsident
Vizepräsident

Dr. Roberto Bizzo
Dr. Thomas Widmann

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 156

vom 4.4.2017

Inhaltsverzeichnis

Rücktritt des Abgeordneten Leitner vom Amt eines Landtagsabgeordneten: Annahme des Rücktritts sowie, als Folgemaßnahme, Ausrufung des/der nachrückenden Kandidaten/Kandidatin der Liste "DIE FREIHEITLICHEN" zum/zur Landtagsabgeordneten und Eidesleistung von Seiten desselben/derselben".Seite 1

Aktuelle Fragestunde.Seite 6

Beschlussvorschlag: Ordentliche Feststellung der Rückstände und Festsetzung des zweckgebundenen Mehrjahresfonds aufgrund der Bestimmungen des gesetzesvertretenden Dekretes vom 23.6.2011, Nr. 118.Seite 30

Beschlussantrag Nr. 372/15 vom 29.4.2015, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Atz Tammerle und Knoll, betreffend Gesamttiroler Sportlerehrung.Seite 34

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 156

del 4/4/2017

Indice

Dimissioni del consigliere Pius Leitner dalla carica di consigliere provinciale: accettazione delle dimissioni nonché quale atto consequenziale, proclamazione a consigliere/consigliera provinciale e surroga del/della candidato/candidata della lista "DIE FREIHEITLICHEN" e giuramento da parte dello/della stesso/stessa.pag. 1

Interrogazioni su temi di attualità. pag. 6

Proposta di deliberazione: Riaccertamento ordinario dei residui e determinazione del fondo pluriennale vincolato in base alla normativa del decreto legislativo n. 118 del 23/6/2011. pag. 30

Mozione n. 372/15 del 29/4/2015, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante premiazione pantirolese in ambito sportivo. pag. 34

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: dott. Roberto Bizzo

Ore 14.31 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso.

Per la seduta odierna si sono giustificati il vicepresidente Widmann e la consigliera Artioli.

Auguriamo al vicepresidente Widmann una pronta guarigione.

Punto 1) all'ordine del giorno: "**Dimissioni del consigliere Pius Leitner dalla carica di consigliere provinciale: accettazione delle dimissioni nonché quale atto consequenziale, proclamazione a consigliere/consigliera provinciale e surroga del/della candidato/candidata della lista 'DIE FREIHEITLICHEN' e giuramento da parte dello/della stesso/stessa**".

Punkt 1 der Tagesordnung: "**Rücktritt des Abgeordneten Leitner vom Amt eines Landtagsabgeordneten: Annahme des Rücktritts sowie, als Folgemaßnahme, Ausrufung des/der nachrückenden Kandidaten/Kandidatin der Liste 'DIE FREIHEITLICHEN' zum/zur Landtagsabgeordneten und Eidesleistung von Seiten desselben/derselben**".

Come sapete, accettazione delle dimissioni nonché quale atto consequenziale, proclamazione a consigliere/consigliera provinciale e surroga del/della candidato/candidata della lista "DIE FREIHEITLICHEN" e giuramento da parte dello/della stesso/stessa, è di competenza di quest'aula.

Il consigliere Pius Leitner ha presentato il 13 marzo 2017 la lettera di dimissioni quindi, secondo quanto previsto dall'art. 13-bis del regolamento interno del Consiglio, le dimissioni devono essere accettate dal Consiglio provinciale stesso. A tal fine, la relativa comunicazione irrevocabile e eventuale surroga, vengono iscritti all'ordine del giorno della seduta consiliare successiva, cosa che è stata fatta ed è in trattazione odierna.

Ricordo che ogni consigliere/consigliera può intervenire per un massimo di 5 minuti. L'accettazione ovvero il rigetto delle dimissioni avviene mediante scrutinio segreto con la scrittura sì o no ai sensi dell'art. 75, comma 1 del regolamento interno.

La parola alla consigliera Mair, prego.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Wenn Pius Leitner durch die Eingabe eines ehemaligen Parteikameraden bei der Staatsanwaltschaft, deren unehrenhafte Beweggründe man kennt, und aufgrund eines folgenden Gerichtsurteils der italienischen Justiz als Landtagsabgeordneten zum Abtritt gezwungen wird, dann muss man sich die ganze Werdegeschichte des Politikers und Menschen Pius Leitner anschauen, insbesondere aber den politischen Kontext. 1992 war Südtirol ein demokratiepolitisches Notstandsgebiet. Die SVP, gegründet zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes für Südtirol, hatte ihr Gründungsthema längst abgestreift und war nur mehr mit der Verwaltung von Macht und Posten beschäftigt. Kontrolliert hat man dabei das ganze Land, jede Gemeinde, alle Verbände und Vereine, ehrenamtliche Organisationen, die Presse und die Medien, und es gibt sogar manch einen, der sagt auch Teile der Justiz. Oppositionelle und Abweichler hatten mit Drohungen zu rechnen, mit einem angeblichen Arbeitsplatzverlust, mit dem Karrierestopp, mit der angeblichen Kürzung von Beiträgen. Sie waren Querulanten, Südtirol- und Autonomiefeinde und und und. In einer solchen Situation herzugehen, eine Freiheitliche Partei zu gründen und sich die Freiheit herauszunehmen, anders zu sein, als es das System vorgibt, war und ist eine wahre Heldentat. Ich erwarte mir auch von den heutigen Vertretern der Südtiroler Volkspartei – allen voran vom

Landeshauptmann -, dass sie diesen Beitrag zur Demokratisierung Südtirols würdigen. Unerschrockenheit, Beharrlichkeit und die besseren Ideen für Südtirol haben sich letztlich bezahlt gemacht und die Freiheitlichen konnten sich Dank des unermüdlichen Einsatzes eines Pius Leitner auch gegen die Versuche des Systems, die Partei mit Gerichtsurteilen, Medienkampagnen und anderweitiger dubioser Methoden fertig zu machen, in der politischen Landschaft Südtirols durchsetzen. Auf den richtigen Standpunkt setzen, und wenn es sein muss, ihn auch gegen alle anderen durchsetzen: Das kennzeichnete die Karriere von Pius und machte ihn später zu jenem Abgeordneten mit den zweitmeisten Vorzugsstimmen hinter dem Landeshauptmann.

Als die Südtiroler Volkspartei ihre parteipolitische Unabhängigkeit zu Gunsten eines unseligen Linksbündnisses eigennützig aufgegeben hatte, war es wieder eine Heldentat, bei Parlamentswahlen gegen das gesamte System, gegen alle Verbände, Medien und die große Partei anzutreten. Der ständige Aufwind für die Freiheitlichen zeigte, dass das die richtigen Entscheidungen waren und dass Südtirol eine Alternative zur Südtiroler Volkspartei dringend notwendig hat und hatte. Die Rentendiskussion war dann naturgemäß ein schwarzer Fleck. Nicht diejenigen, die diesen Skandal zu verantworten hatten und nicht die vielen anderen, die allesamt davon profitiert hatten, nein ein Pius Leitner musste wiederum für auflagengeile Journalisten den Kopf herhalten und für die ganze politische Klasse büßen. Enttäuschend war dabei vor allem das Verhalten ehemaliger politischer und parteipolitischer Weggefährten, die von einem Moment auf den anderen vergessen hatten, was sie selbst einem Pius Leitner zu verdanken hatten, sondern die in die Chorgesänge der Kritiker einstimmten und die Gunst der Stunde für sich selbst zu nutzen versuchten. Von menschlichen Enttäuschungen, Quereinsteigern und Queraussteigern und von Opportunisten, die letztlich sowieso nur an ihrem Ego interessiert waren, kann Pius Leitner ebenso ein Lied singen. Tragisch ist der Umstand, dass die Landtagskarriere von Pius Leitner durch eine Eingabe eines ehemaligen Freiheitlichen Abgeordneten bei der Staatsanwaltschaft endet, der nur durch Pius Leitner den Sprung in den Landtag geschafft und anscheinend solange zu angeblichen Unregelmäßigkeiten geschwiegen hat, wie er sich eine erneute Kandidatur erhofft und der dann unglaubliche zerstörerische Kräfte gegen seine ehemaligen Parteikameraden entwickelt hat, als seine erneute politische Kandidatur aus guten Gründen ausgeschlossen wurde. Man kann zwar Leute aus dem Landtag klagen, aber man kann sie nicht aus der Politik klagen. Während die politische Karriere jener Personen, die andere aus dem Landtag klagen, mit dem Ende des bezahlten Mandats auch endeten, weil schlussendlich der Idealismus doch nicht gereicht hat, ist die politische Karriere eines Pius Leitner noch lange nicht zu Ende. Sie wirkt beeindruckend nach und trägt weiter dazu bei, dass Südtirol freiheitlicher wird. Pius Leitner hat Südtirol besser gemacht. Seine Karriere steht wie ein Denkmal, während viele seiner Gegner höchstens noch eine Randnotiz sind, auch wenn Pius Leitner wohl kaum Chancen auf ein Landesverdienstkreuz und dergleichen hat. Dazu hat er der falschen Partei angehört. Was aber bleibt, ist der Dank unzähliger Südtirolerinnen und Südtiroler für diese persönliche politische Hingabe und für diesen Einsatz für Südtirol, allen Widerständen und Rückschlägen zum Trotz, nur das eine stets im Blick, ein besseres Südtirol.

STEGER (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Frau Mair, es ist schlechter Stil, in so einer Situation einen Rundumschlag gegen die Südtiroler Volkspartei zu machen. Ich weise im Namen der Südtiroler Volkspartei die pauschalen Anschuldigungen zurück.

Ich darf ankündigen, dass die Fraktion der Südtiroler Volkspartei dem Rücktrittsansuchen von Pius Leitner zustimmen wird, und zwar aus Respekt vor Entscheidung von Pius und auch aus Respekt vor der Entscheidung der Freiheitlichen. Die persönliche Wertschätzung, die wir – ich spreche im Namen der gesamten Fraktion – Dir, lieber Pius, gegenüber haben, gründet auf ein paar Werten, die Du gelebt hast. Du warst immer ehrlich, fair. Zwar warst Du ein harter Verhandler und hast es uns nicht immer leicht gemacht, aber das ist die Aufgabe der Opposition, die Du immer gut und vorbereitet gelebt hast. Wir tun uns schwer, diesen Rücktritt anzunehmen, weil wir die Umstände, die dazu geführt haben, nicht verstehen können. Für uns ist es, unabhängig von den rechtlichen Überlegungen, nicht nachvollziehbar, dass Du quasi zum Rücktritt gezwungen bist. Wir stellen fest, dass es eine Stimmung gegen die Politik gibt, wobei jeder von uns unter Generalverdacht gestellt wird. Auch als Bürger dieses Landes möchte ich sagen, dass in unserer Gesellschaft etwas nicht stimmt. Da stimmt etwas nicht mit den Maßstäben, die gewählt werden, gerade auch von der Gerichtsbarkeit. Was sind die wirklichen Maßstäbe für Verurteilungen, wenn für geringfügige Verfehlungen Kapitalstrafen ausgesprochen werden, während für wirkliche Verfehlungen oft nur geringe Strafen ausgesprochen werden? Ich glaube, dass wir in unserer Gesellschaft ein Problem haben. Dein Fall, Pius, bringt das zum Ausdruck. Wir müssen in den nächsten Jahren alle daran arbeiten, damit wir in eine andere Haltung kommen.

Lieber Pius, es tut uns leid, dass Du den Landtag verlässt. Du wirst sicher fehlen, nicht nur, weil Du ein Inventar bist - Du bist der längstgediente Politiker in diesem Haus -, sondern Du wirst uns auch als harter Verhandler in Erinnerung bleiben, aber das spricht für Dich. Ich wünsche Dir im Namen meiner gesamten Fraktion alles, alles Gute für Deine Zukunft!

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Wenn Pius Leitner heute Abschied von diesem Haus nimmt, so geht auch eine Ära zu Ende. Mit ihm scheidet wenige Jahre nach Eva Klotz und Luis Durnwalder der letzte Politiker aus dem Landtag aus, der bereits in den 90-er Jahren intensiv Politik gestaltet hat. Mit ihm endet eine Epoche, in der Politik noch weniger vorsichtig agierte, sondern gestützt auf das starke Mandat der Wählerschaft autonom und selbstsicher handelte, mitunter auch ein wenig arrogant. Nicht das Gebot von Transparenz und steter Kommunikation, die Pflicht zu medialer Stromlinie und öffentlicher Rechtfertigung standen im Vordergrund, sondern die als richtig erkannten anvisierten und durchgesetzten politischen Ziele. Pius Leitner ist neben eigener Verantwortung auch ein wenig das Opfer der neuen Ära geworden, in der typischen Haltung seiner Politikergeneration, es genüge der eigene gute Glauben, das Einstehen für eigene Überzeugung, um öffentlich glaubwürdig zu sein. Die persönliche Integrität genügt heute nicht mehr. Das Gericht und sein Urteil belehrten uns eines anderen, mit einer Härte, die man nicht nachvollziehen mag, als Ausdruck dessen, wie dünn die Grenze der Gewaltenteilung geworden ist, wie sehr die Justiz in die Legislative einwirkt. Der Abgang von Pius Leitner ist also auch Ausdruck einer anderen, einer neuen Ära.

Wir Grüne werden an Pius Leitner vieles nicht vermissen: Seine Vision vom Freistaat, seine Anklage gegen 1968 als Zerstörer der traditionellen Familie. Wir werden dem Putin- und Trump-Versteher Leitner keine Träne nachweinen, auch nicht seinen Attacken auf die Massenzuwanderung, auf die gurkenkrümmende Eurokratie, die Quote und die Pastoren-Tochter Merkel. All diese Leitnerschen Anwürfe gingen auf keine Kuhhaut, wie er gerne zu sagen pflegte. Aber fehlen wird uns ein Mann, eine Persönlichkeit, die von den Ränkespielen der Politik wenig angefochten blieb, die Rosstäuscherei und Trickserei im Grunde verabscheute, die verlässlich war und in ihren Worten Handschlagqualität bewies, von aufrechter Statur, ein Demokrat, mehr Volksmann als Populist. Er war auch deshalb ein Demokrat, weil ein wichtiges Ziel wesentlich sein Verdienst war, nämlich die absolute Macht im Lande zu brechen und dem Pluralismus eine Gasse zu ebnen, auch wenn dieser ein wenig gar zu blau getönt war. Leitner war ein Politiker, den nicht nur die BürgerInnen schätzten, sondern der auch selbst dem Volke nahe war, der die Nöte und Sorgen der Leute draußen kannte, wie er gerne betonte. Wir Grüne haben nicht durchwegs seine Linie, wohl aber das Personenprofil Leitners geschätzt. Persönlich stehe ich nicht an zu sagen, dass mir Pius Leitner sehr abgehen wird, auch als Eisacktaler, mit dem ich vor 25 Jahren das Dorfbuch für Vahrn herausgebracht habe. Es wird schwer sein, die Fußstapfen zu füllen, die Pius Leitner hinterlässt. Wir wünschen seinem Nachfolger Glück beim Versuch, diese Lücke zu schließen und es beruhigt uns ein wenig, dass dies nicht der Fall sein wird.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich will keinen Nachruf vorbringen. Der Kollege Leitner scheidet zwar aus dem Landtag aus, aber er wird sicher weiterhin ein politisch aktiver Mensch sein, so, wie er es auch schon vor seinem Eintreten in den Landtag war. Ich habe ihn als Landeskommandant des Schützenbundes kennengelernt. Er war damals auch unter den Verhafteten oder Hausdurchsuchten in Wien. Er hatte also schon eine lange Bekanntschaft mit der italienischen Justiz. Beim Pfingstmarsch gegen das Siegesdenkmal im Jahr 1991 gab es auch ein Verfahren gegen die Führung des Schützenbundes. Wenn mich jemand fragen würde, wie ich den Pius charakterisieren oder kennzeichnen würde, dann würde ich sagen, dass er ein Mann mit Rückgrat war und ist, der sich nicht gebeugt hat, der zu dem stand und steht, was er gesagt hat und sagt. Als ich damals im Jahr 1991 als sehr junger Schütze mitmarschiert bin, habe ich es sehr schätzen gelernt, dass sich Pius Leitner hinter und neben seine Leute gestellt hat, so wie er es auch in der Folge immer getan hat. Lieber Pius, ich danke Dir für die vielen gemeinsamen Schlachten, die wir hier geschlagen haben. Dein Wirken wird sicher Spuren hinterlassen. Wir hatten gemeinsame Schlachten, aber auch manch frohe Stunde, wenn wir beispielsweise an die Delegationen usw. denken. Ich habe Dich bei diesen Reisen als jemanden kennengelernt, der sehr belesen ist und sehr viel über Geschichte, Kunst usw. weiß. Ich muss mich entschuldigen, Pius, dass ich nicht für Deinen Rücktritt stimmen werde, und zwar nicht deshalb, weil ich unbedingt zwangsmäßig eine andere Meinung vertreten muss, sondern deshalb, weil es juristisch unhaltbar ist, dass jemand, bevor er rechtskräftig verurteilt ist, aus dem Landtag geklagt oder geurteilt werden kann. Ich bin damit nicht einverstanden und sehe das auch nicht ein. Vor der Verfassung bist Du

solange unschuldig, bis es ein letztinstanzliches Urteil gibt. Es ist nicht richtig, dass es ein Gesetz gibt, das einen mehr oder weniger dazu zwingt, aus dem Landtag auszutreten.

Wie gesagt, noch einmal vielen Dank, aber auch die Bitte, weiterhin mit Deiner Erfahrung und Deinem Rückgrat für Demokratie und für die Freiheit einzutreten.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich werde für die Annahme des Rücktritts von Pius Leitner stimmen, und zwar nicht, weil ich froh darüber wäre. Ich habe Pius Leitner als sehr kollegiale, erfahrene und angenehme Person kennengelernt. Immerhin ist er das zweitmeistgewählte Mitglied dieses Landtages. Insgesamt ist sein Rücktritt ein Verlust für den gesamten Landtag, besonders natürlich für die Opposition. Mit seinem Rücktritt hat er Verantwortungsbewusstsein bewiesen. Ich kann ihm in Bezug auf seine Sorge bezüglich der Unabhängigkeit der Abgeordneten nur beipflichten. Vielen Dank, Pius, für Deinen Einsatz für die Heimat. Ich wünsche Dir alles Gute für die Zukunft und hoffe auf einen positiven Ausgang des Rekurses, damit Du der Politik weiterhin erhalten bleibst.

URŽI (L'Alto Adige nel cuore): Voterò a favore delle dimissioni del collega Leitner solo perché lo ha chiesto il collega e i colleghi del suo gruppo politico. Ci ho pensato molto se adeguarmi alla richiesta o meno, lo faccio per rispetto nei confronti del diretto interessato che ha, credo, l'ultimo diritto di parola sulle proprie scelte.

Voterò a favore, perché queste dimissioni sarebbero state comunque indotte dall'applicazione di una legge, la legge Severino. Per fare un ragionamento rispetto a questo, credo sia corretto che nelle istituzioni non possano operare persone che abbiano dimostrato la propria indegnità nella politica e nel loro agire, però credo che si debba dire con forza che è pericoloso che questa qualifica venga attribuita a persone in assenza di un giudizio definitivo secondo il diritto. Il diritto prevede che esiste un percorso e il diritto alla difesa, con diversi gradi di giudizio e solo alla fine, giustamente, se esistono i presupposti, si è garantito un percorso chiaro e trasparente si è dichiarati colpevoli, laddove esistano delle colpe effettive. La legge Severino interviene invece dal primo grado di giudizio, quindi a prescindere da quello che potrà accadere domani. Questa nostra Italia deve pretendere una classe dirigente fatta dai parlamentari, ministri, consiglieri regionali e provinciali onesti, ma deve pretendere anche che vengano garantiti i processi immediati, direi istantanei in caso di persone che abbiano responsabilità pubbliche, che sia garantito l'intero ciclo di giudizio fino alla sentenza di ultimo grado e che quindi la legge Severino sia riformata in questo senso, sia garantito un percorso per l'accertamento delle responsabilità rapido ma completo e che l'intervento pubblico sia conclusivo a tutto questo percorso, altrimenti si interviene sostanzialmente sulla carriera ma soprattutto sulla rappresentatività, perché la carriera potrebbe interessare poco, ma sulla rappresentanza di cittadini ed elettori non al termine di un percorso giudiziario completo. Credo che la legge Severino debba essere riformata, lo dico con grande chiarezza.

Sono convinto che Pius Leitner avrà la possibilità di dimostrare la sua innocenza come ha sempre dichiarato, e quindi di aver agito seconda coscienza, senza voler ricavare nessun interesse personale, glielo auguro, anzi ci voglio credere, solo che purtroppo la legge attuale questo diritto al congelamento degli effetti della legge Severino non lo prevede.

Infine, io ho ricevuto come tutti i colleghi, la lettera con cui Pius Leitner si dimette e dice infine: "Mi scuso con coloro che posso aver offeso nel fervore della discussione politica". Allora mi sono soffermato qualche minuto a pensare quando, nelle tante volte in cui il collega Leitner è intervenuto nel sostenere posizioni diversissime dalla mia e da me contestate, e devo dire che non ricordo di avere avvertito un'offesa personale, ma sempre un confronto politico leale su posizioni talvolta espresse in maniera differente. Questo voglio riconoscerlo pubblicamente, quindi non ha nulla di cui chiedere scusa a questo Consiglio, per lo meno al sottoscritto dal punto di vista dei suoi comportamenti e della sua lealtà verso l'istituzione nella quale ha operato in questi lunghi anni.

LEITNER (DIE FREIHEITLICHEN): Herr Präsident, Mitglieder des Präsidiums, Herr Landeshauptmann, Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen des Südtiroler Landtages! Wenn ich heute mein Landtagsmandat niederlege, so tue ich dies einerseits mit Wehmut, andererseits aber aus meiner empfundenen Verpflichtung heraus, Schaden von meiner Familie, von meiner Partei und nicht zuletzt auch vom Landtag abzuwenden. Ein Gerichtsurteil, zwar noch nicht rechtskräftig und dessen Begründung noch nicht vorliegt, ausgelöst durch die Anzeige eines ehemaligen Fraktionskollegen, ist der Auslöser für diesen

Schritt. Ich werde nicht das Urteil als solches kommentieren, der gerichtliche Weg wird seinen Gang nehmen. Politisch dürfte dieses Urteil jedoch Auswirkungen auf die Demokratie im Lande haben, denn eine abschreckende Wirkung bezüglich der Übernahme von politischer Verantwortung ist wohl kaum zu verkennen. Wenn das Urteil von vielen als ein politisches Urteil gesehen wird, so ist dies ganz einfach zu hinterfragen, denn eines darf im Raum nicht stehen bleiben, nämlich, dass wir in einem Land leben, in dem es keine Gewaltenteilung gibt. Der Vorwurf, die Gerichtsbarkeit setze sich immer mehr an die Stelle der Politik, trifft mittlerweile alle Ebenen. Das trifft den Europäischen Gerichtshof ebenso wie die Landesgerichte, denn vielfach wird durch Gerichtsurteile neues Recht geschaffen, wofür eigentlich die Parlamente mit ihren Gesetzen zuständig wären. Ohne klare Gewaltenteilung leidet die Demokratie. Ich könnte als letztes unrühmliches Beispiel Venezuela nennen, wo der Oberste Gerichtshof hergegangen ist und kurzfristig sogar das Parlament abgesetzt hat. Ich mache keinen Vergleich zwischen Venezuela und Südtirol, aber es soll eine allgemeine Warnung und ein Aufruf sein, immer und überall für die Gewaltenteilung einzutreten.

Es ist richtig, dass die öffentlichen Ausgaben kontrolliert werden. Es ist aber auch wichtig, die Instrumente der Demokratie zu stärken. Ohne Parteien- und Fraktionsförderung wird es zunehmend schwerer, überhaupt politische Arbeit zu leisten. Aus persönlicher Warte fällt es mir schwer, ein Urteil zu verstehen, das mir Unterschlagung von Steuergeldern unterstellt, obwohl ich das Doppelte aus eigener Tasche bezahlt habe. Es geht mir jetzt nicht darum, meine persönliche Befindlichkeit hervorzukehren. Der Landtag muss sich dieser Herausforderung stellen. Wo liegt der Handlungsspielraum und wo ist man der Justiz ausgeliefert?

Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich im Laufe von beinahe 24 Jahren im Dienste des Landes tätig sein durfte. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtages für die stets gute Zusammenarbeit und für das Vertrauen, das mir entgegengebracht wurde. Das letzte Urteil über mein politisches Wirken werden nicht die Gerichte fällen, sondern die Bevölkerung, und diesem unterstelle ich mich gerne.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Altgriecher Pericles sagte: "Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit. Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut." Die Politik braucht gerade heute diesen Mut. Sie braucht Mut, im demokratischen Gefüge aufrecht zu gehen. Sie braucht Mut, den Einflüsterern der politischen Korrektheit zu widerstehen. Sie braucht Mut, Entscheidungen zu treffen und zu diesen auch zu stehen. Demokratie erfordert oftmals Geduld, die heute nicht immer alle aufbringen.

Ich schließe: Audiatur et altera pars! In diesem Sinne möge der Landtag alle Stimmen in unserem Land ernst nehmen, abwägen und vertreten.

(Applaus - applauso)

PRESIDENTE: Grazie.

Passiamo ora alla votazione a scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)

Do lettura dell'esito della votazione: schede consegnate 33, voti favorevoli 26, voti contrari 4, schede bianche 3. Le dimissioni del consigliere Leitner dalla carica di consigliere provinciale sono state accettate.

Colleghe e colleghi, caro Pius,

con Leitner lascia questa istituzione uno dei maggiori rappresentanti della politica degli ultimi anni. Pius Leitner è stato componente del Consiglio provinciale dal 1993 e ha visto molti altri consiglieri attraversare quest'aula, ma il fatto che lo considerassimo un vero punto fermo non lo si deve solo alla lunghezza del suo mandato, ma soprattutto all'affidabilità e onestà intellettuale come uomo, come consigliere eletto e come rappresentante di posizioni che esponeva in maniera chiara e comprensibile, anche quando citava il latino, e lo ha fatto anche questo pomeriggio.

Il suo punto di vista è stato sempre chiaro, e questo era apprezzato non solo dai suoi sostenitori ma da tutti i colleghi in quest'aula. Sono certo che questo resterà il suo tratto caratteristico. "Ad multos annos", lieber Pius! Consegno a Lei l'immagine che viene consegnata a tutti i colleghi che lasciano quest'aula, un piccolo segno che sia di ricordo, una prospettiva a cui ei 24 anni in cui ha servito quest'aula e questa istituzione, si è abituato. È la riproduzione dell'affresco di Plattner che i consiglieri hanno davanti agli occhi a ogni

seduta. Le auguro che possa rappresentare un ricordo dell'istituzione che ha fortemente contribuito a rappresentare e a plasmare.

(Applaus - applauso)

Accettate le dimissioni del collega Pius Leitner procediamo, quale misura consequenziale, alla sua sostituzione come consigliere provinciale.

Dal verbale dell'ufficio elettorale provinciale in possesso della Presidenza del Consiglio provinciale, è stato rilevato che allo stato attuale questo candidato risulta essere il sig. Hannes Zingerle, che figura classificato nell'elenco dei candidati nella lista di "DIE FREIHEITLICHEN" alla quale erano stati attribuiti, in occasione dell'ultima consultazione elettorale per l'elezione del Consiglio della provincia autonoma di Bolzano sei seggi, formato sulla base del numero dei voti di preferenza ottenuti al settimo posto.

Sulla base di quanto appena esposto, proclamo pertanto il sig. Hannes Zingerle nuovo consigliere provinciale e prego di farlo entrare in aula.

Signor Zingerle, l'ho appena proclamata consigliere provinciale. Mi congratulo con Lei per questa nuova carica, Le do il benvenuto augurandoLe successo e soddisfazione nello svolgimento della Sua attività. Ai sensi dell'art. 4 del regolamento interno del Consiglio provinciale, l'esercizio delle funzioni di consigliere/consigliera è condizionato dalla prestazione del giuramento. Pertanto La prego, e con Lei tutte le consigliere e consiglieri, di alzarsi e di prestare il giuramento previsto. Leggerò la formula di rito, alla quale Lei risponderà con le parole : "Ich schwöre".

"Giuro di essere fedele alla Costituzione – Ich schwöre der Verfassung treu zu sein."

ZINGERLE (Die Freiheitlichen): Ich schwöre der Verfassung treu zu sei.

PRESIDENTE: La ringrazio.

Ai sensi dell'art. 5 del Consiglio provinciale, comunico inoltre che dalla documentazione messami a disposizione dell'Ufficio elettorale centrale contenente la dichiarazione da Essa resa ai sensi della normativa vigente per l'elezione del Consiglio provinciale, il consigliere provinciale Hannes Zingerle che ha appena prestato giuramento, appartiene al gruppo linguistico tedesco. Buon lavoro!

Prima di passare all'ordine del giorno, comunico che le interrogazioni su temi di attualità del mese di marzo che hanno ricevuto risposta scritta dopo il termine del 17/3/2017 sono le seguenti: 8/03/17 e 21/03/17 (Presidente Kompatscher), 28/03/17, 30/03/17, 35/03/17, 38/03/17, 49/03/17 e 53/03/17 (assessora Stocker).

Punto 2) all'ordine del giorno: "**Interrogazioni su temi di attualità**".

Punkt 2 der Tagesordnung: "**Aktuelle Fragestunde**".

Interrogazione n. 1/04/17 del 13/3/2017, presentata dal consigliere Noggler, riguardante separazione tra politica e amministrazione – i direttori d'ufficio sono assessori provinciali "camuffati" senza responsabilità politica? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

NOGLER (SVP): Die Regierungsform unseres Landes sieht vor, dass der Landtag die Gesetze macht. Das will nicht heißen, dass sich außer dem Landtag niemand in die Gesetzgebung einzumischen hat. Die Gesetzesinitiative haben neben den Landtagsabgeordneten auch das Volk, der Rat der Gemeinden und die Landesregierung. Es ist also so, dass sich mehrere Institutionen und auch das Volk direkt in die Gesetzgebung einbringen können. Nicht vorgesehen ist, dass die Landesverwaltung, also der Verwaltungsapparat, sich in die Gesetzgebung autonom einmischen kann. Letzthin scheint es aber so zu sein, dass sich verschiedene Amtsdirektoren dazu berufen fühlen, aus ihren Amtsstuben heraus der Politik oder den Bürgern zurufen zu müssen, was der richtige Weg der Gesetzgebung sei.

Dies vorausgeschickt, ergehen an das zuständige Mitglied der Landesregierung folgende Fragen

1. Ist es der Landesregierung bekannt, dass Amtsdirektoren unter Führung ihres Berufstitels in Medien Stellung zu verschiedenen Politikfeldern nehmen?
2. Wenn ja: Hat die Landesregierung den Ämtern einen entsprechenden Auftrag dazu erteilt?

3. Wenn nein: Entspricht es den Vorstellungen der Landesregierung, dass sich Ämter in den Gesetzgebungsprozess autonom einmischen?

DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP): Sehr geschätzter Präsident, sehr geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geschätzter Kollege Nogglner! Bezugnehmend auf Ihre Anfrage darf ich wie folgt Stellung nehmen:

Zu Frage Nr. 1. Ich darf darauf Bezug nehmen, dass wir alle natürlich die Zeitung lesen und der eine oder andere Mitarbeiter in der Landesverwaltung auch in den Medien zu Themen Stellungen bezieht. Ob sie das in Ausübung ihres Amtes oder unter Führung ihres Berufstitels, wie gesagt, als Privatperson machen, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß auch nicht, ob dann immer auf das Interview Bezug genommen wird, ob die Medien den Berufstitel, der angeführt wird, darunter schreiben oder ob das der Betreffende selbst macht. Das können wir in dieser Form nicht nachvollziehen.

Zu den Fragen Nr. 2 und Nr. 3. Die Landesregierung hat dazu natürlich keinen entsprechenden Auftrag erteilt. Ich darf kurz auf das Landesgesetz Nr. 10 von 1992 verweisen, das in Artikel 12 die Zuständigkeiten im Speziellen der Amtsdirektoren regelt. Demnach sorgt der Amtsdirektor für die reibungslose Abwicklung der Amtsgeschäfte für die Durchführung der Maßnahmen, die in die eigene Zuständigkeit sowie in jene seiner Vorgesetzten fallen. Er übernimmt selbst die Bearbeitung und die anderen Aufgaben im Zusammenhang mit den einzelnen Verwaltungsverfahren oder überträgt sie einem Bediensteten des Amtes. Er ist für jedes Verfahren direkt verantwortlich, solange er die Übertragung nicht vornimmt. Der Amtsdirektor ist dem Abteilungs- und Ressortdirektor bei der Erstellung von Arbeitsprogrammen sowie bei der Überprüfung der Arbeitsergebnisse behilflich und ist der unmittelbare Vorgesetzte der dem Amt zugewiesenen Bediensteten und überwacht die Einhaltung der Dienstpflichten.

Es geht mit einer Reihe von Zuständigkeiten weiter, die ich jetzt nicht im Einzelnen aufführen möchte. Damit ist, denke ich, zu dem Thema alles gesagt.

NOGGLNER (SVP): Frau Landesrätin, das ist eben nicht so, denn wenn Sie sagen, dass Sie nicht wüssten, ob es privater Natur oder amtlich ist, ... Wenn Leserbriefe vom Amtsdirektor und Amtsdirektorstellvertreter unterschrieben und veröffentlicht werden und das nicht nur in einem Medium, sondern in mehreren, dann ist es amtlich und nicht so sehr privat. Sonst hätte die Bezeichnung "Amtsdirektor" natürlich nichts zu tun, aber neben der Gerichtsbarkeit haben wir auch unsere Beamten höheren Ranges, welche uns offensichtlich sagen, was wir zu tun und was wir nicht zu tun haben. Ich bin der Meinung, dass es so etwas nicht geben sollte. Danke!

PRESIDENTE: Prima di passare alla prossima interrogazione, möchte ich die Klassen 5B und 5C der Wirtschaftsoberschule Meran mit Frau Prof. Barbara Pichler und Prof. Staffler begrüßen und hier im Landtag herzlich willkommen heißen.

Passiamo all'**interrogazione n. 2/04/17** del 15/3/2017, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante i contatori digitali misurano un consumo eccessivo. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Eine Studie der niederländischen Universität Twente hat ergeben, dass mehr als die Hälfte der neuen digitalen Stromzähler einen viel zu hohen Verbrauch messen, teilweise lagen die Werte bis zu 582 Prozent über dem tatsächlichen Verbrauch. Grund dafür sind laut der niederländischen Studie die zunehmende Anzahl von energiesparenden Geräten, die Verwendung von Dimmern und LED-Glühlampen in den Haushalten, da deren Energieaufnahme nicht mehr in „Wellen“, sondern „abrupt“ erfolgt, worauf die Zähler falsch reagieren.

Die Gefertigten stellen daher die
Anfrage:

1. Sind auch in Süd-Tirol digitale Stromzähler im Einsatz, die einen zu hohen Verbrauch messen?
2. Wer haftet für etwaige zu hoch berechnete Stromkosten?
3. Welche Möglichkeiten haben die Bürger, ihre Stromrechnungen auf Fehler kontrollieren zu lassen?

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach Rücksprache mit Alperia kann ich Folgendes mitteilen:

Zu Frage Nr. 1. In Südtirol sind seit etwa zehn Jahren flächendeckend zirka 320.000 digitale Stromzähler im Einsatz. Ob die Zähler in Holland bzw. jene Zähler, welche untersucht wurden, der in Südtirol bzw. in Italien installierten Generation von Digitalzählern entsprechen, entzieht sich unserer Kenntnis. In zehn Jahren sind auf zirka 250.000 digitalen Zählern - in diesem Fall können wir nur für die von Edyna betriebenen Zähler sprechen, für die anderen verfügen wir über keine Informationen - nie Probleme mit fehlerhaften Meldungen aufgetreten bzw. bekannt. Durchschnittlich beantragen bei Edyna jährlich 25 Abnehmer Überprüfungen an. Auch diese geringe Anzahl im Verhältnis zu 250.000 deutet darauf hin, dass die Ablesungen dem Konsum entsprechen.

Weiters führt Edyna aufgrund von Bestimmungen und interner Qualitätskontrollen jährlich 500 Überprüfungen durch. Weder bei den Meldungen noch bei den vorgenommenen Überprüfungen seitens der Verteiler Selnat und Etschwerketze sind in zehn Jahren Fehlmeldungen festgestellt worden. Zu sagen ist noch, dass die in Italien bzw. Südtirol verwendeten digitalen Zähler gemäß der europäischen Eichnorm MIC zertifiziert sind.

Zu Frage Nr. 2. Für zu hoch berechnete Stromkosten haftet gemäß Bestimmungen der Aufsichtsbehörde für Strom, Gas und Wasser der Verteiler.

Zu Frage Nr. 3. Jeder Bürger kann grundsätzlich eine Überprüfung der elektronischen Zähler direkt bei Edyna beantragen. Dazu kann er sich an die grüne Nummer 800550522 wenden.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich habe von dieser Studie in Holland auch nur in den Medien gehört. Dort wurden die neuen in Europa handelsüblichen Smartmeter, also die elektrischen Stromzähler gemessen. Derartige Abweichungen des tatsächlichen Verbrauchs wurden mehr oder weniger in allen EU-Staaten festgestellt, wo es zu dieser Installation von digitalen Strommessern gekommen ist. In den Niederlanden geht man sowohl von den Verbraucherschützern als auch von den Netzbetreibern inzwischen so weit, alle diese digitalen Stromzähler kontrollieren zu lassen, weil es flächendeckend zu Falschmessungen gekommen ist. Wenn das nur, sage ich mal, nicht sehr auffallend große Beträge sind, die sich dort verändert haben, dann werden viele Bürger wahrscheinlich auch meinen, dass das eine ganz normale Anpassung der Strompreistarife ist und es einfach so hinnehmen, dass es einfach teurer wird. Aber das ist jetzt nicht ganz zufriedenstellend, dass man sich darauf beruft und sagt, das sind die genormten und geeichten Stromzähler und damit ist die Sache irgendwie schon gegessen. In Österreich hat es immer wieder solche Fälle gegeben. Der österreichischen Aufsichtsbehörde ist auch bekannt, dass es zu Fehlmessungen bei den digitalen Stromzählern kommt. Vielleicht sollte man hier wirklich einmal - wir werden das sicherlich auch in Anspruch nehmen - ein paar Vergleichsfälle bei der vom Landesrat genannten grünen Nummer einmal überprüfen lassen, weil ich glaube, solange keine Überprüfungen stattfinden und es keine Beanstandungen gibt, wird man davon ausgehen, dass das alles seine Richtigkeit hat. Ich glaube, man sollte das schon überprüfen, weil wenn das eine unabhängige Stelle wie eine Universität, die all diese Geräte geprüft hat, feststellt und teilweise feststellt, dass es zu Abweichungen von über 500 Prozent des tatsächlichen Verbrauchs kommt, dann sieht man doch, dass hier einiges im Argen ist und dass das genauer kontrolliert werden muss. Wir werden diese Überprüfung durchführen lassen und gegebenenfalls noch einmal eine Anfrage an die Landesregierung richten.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 8/04/17 del 17/3/2017, presentata dal consigliere Pöder, riguardante il parziale ampliamento della linea ferroviaria Merano-Bolzano. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Im Rahmen des Landeshaushaltes 2017 wurde die Landesregierung mittels Tagesordnungspunkt Nr. 5 zu den Landesgesetzentwürfen Nr. 108/16 und Nr. 106/16 aufgefordert, die Errichtung eines zweiten Schienenstranges zwischen Sigmundskron und Terlan sowie zwischen Gargazon und Vilpian zu prüfen. Laut beschlossenen Tagesordnungsantrag soll innerhalb 90 Tagen Bericht zu den Ergebnissen erstattet werden und ggf. die ersten Schritte zur Errichtung einer Zweitschiene eingeleitet werden.

1. Hat die Landesregierung eine Überprüfung zur Errichtung einer Zweitschiene in Auftrag gegeben?
2. Wenn ja, wie lautet das Ergebnis?

3. Ist geplant, die obgenannte Zweitschiene zu verwirklichen?

MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität – SVP): Danke, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Zusammenhang mit der Bahnlinie Meran-Bozen Folgendes.

Zu Frage Nr. 1. Die Abteilung Mobilität hat im Februar 2016 einen Auftrag zur Bearbeitung entlang der Bahnstrecke Sigmundskron-Terlan einer topographischen Vermessung des Gleises der Sicherheits- und Signalanlagen und der Masten für die Oberleitung erteilt. Aufgrund dieser Vermessung ist im Sommer 2016 eine detaillierte Machbarkeitsstudie zur Begradigung und Verdoppelung der Bahntrasse von Kilometer 4 nach Kaiserau bis Kilometer 12,8 Bahnhof Terlan durchgeführt worden. Dabei sind folgende Aspekte überprüft worden: Identifizierung der Bahnstrecken, wo eine Begradigung der Bahntrasse notwendig ist; Berechnung der Kostenänderung der Bahnhöfe Sigmundskron, Siebeneich und Terlan und Anpassung der Signal- und Sicherheitsanlagen.

Zu Frage Nr. 2. Diese Studie ist von der Abteilung Mobilität den Staatsbahnen RFI vorgelegt worden. Mit RFI Ag wurde vereinbart, dass diese Machbarkeitsstudie nun auf die gesamte Strecke bis Untermais erweitert werden soll.

Zu Frage Nr. 3. Es ist ein strategisches Ziel der Landesregierung, die Verdoppelung der gesamten Bahnstrecke zu realisieren. Die Verdoppelung und die Begradigung der Bahnlinie von Kaiserau bis Untermais ist immer im Zusammenhang mit dem Ausbau des Virgl tunnels in Bozen zu realisieren, um eine unabhängige Einfahrt der Meraner Linie zu gewährleisten, die erst den Ausbau des Angebotes auf der Meraner Linie zu einem Viertelstundentakt auch ermöglichen wird.

PRESIDENTE: Il consigliere Pöder rinuncia alla replica.

Passiamo all'**interrogazione n. 11/04/17** del 17/3/2017, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa, riguardante serve "quel giusto non so che" per ricoprire i posti apicali dell'amministrazione provinciale? Basta il sospetto di una simpatia politica per bloccare la carriera? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Diese Anfrage ist komplementär zu der, die eben Kollege Noggler gestellt hat, nur von der anderen Seite her.

Dzt. scheinen Bemühungen im Gange, den erst 2014 eingesetzten Landes-Generaldirektor Hanspeter Staffler einem anderen Tätigkeitsfeld zuzuführen, da er in seiner Position für die Landesregierung und die Verwaltungsspitze bestimmte Erwartungen nicht erfüllt hat, vor allem dank seines eigenständigen und lösungsorientierten Führungsstils. Obwohl LH Kompatscher die Ablösungsgerüchte bislang nicht bestätigt hat, beugt LR Schuler einem Wechsel des Beamten auf eine andere Führungsposition in den Medien bereits eifertig vor, indem er Vermutungen über Stafflers allfällige Berufung in die Abt.direktion Forstwirtschaft schon mal von sich gewiesen hat. Begründet wird die fehlende Eignung für die Abt. Forsten auch damit, dass Staffler der „Touch des Grünen“ anhängt und es ihm an technischen Voraussetzungen fehle. Ein starkes Stück: Falls schon der Ruch einer angeblichen Grünen-Nähe als Karriereblocker genügt, wäre dies eine Überdosis in bester Durnwalder-Tradition.

Daher richten wir folgende Anfrage an die Südtiroler Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass LR Schuler diese Aussage so getätigt hat?
2. Warum wäre der „Touch des Grünen“ für höhere Positionen ungeeignet?
3. Sind solche Diskriminierungen aufgrund der unterstellten politischen Zugehörigkeit nicht rechtswidrig und somit gerichtsanhängig?

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP): Sehr geehrter Herr Kollege Heiss, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage, ob ich diese Aussage so getätigt habe, ist leicht zu beantworten. Diese Aussage habe ich so ganz sicher nicht getätigt und werde dabei weder rot noch grün. Ich kann mich noch gut daran erinnern. Als die Journalistin mich angerufen hat, hat sie mich gefragt, ob es stimmt, dass Dr. Staffler Leiter der Abteilung Forst werden soll oder wird. Dann habe ich kurz und knapp darauf geantwortet, dass ich davon nichts wüsste, nicht mehr und auch nicht weniger. Ich war denn selber etwas verwundert über den Artikel am nächsten Tag und habe dann auch die Journalistin kontaktiert. Sie hat mir bestätigt, und sie wird es jedem anderen bestätigen können, dass ich mit dieser Aus-

sage in Bezug auf den grünen Touch nicht mich zitiert hat. Darauf lege ich Wert, das hier noch einmal festzustellen.

Darüber hinaus, um auch hier meine Glaubwürdigkeit zu untermauern, möchte ich daran erinnern, dass zu Beginn dieser Legislatur mich Dr. Staffler, damals noch Leiter der Abteilung Zivilschutz, gefragt hat, ob es für mich ein Problem sei, dass er Vorsitzender der Stiftung Landschaft Südtirol ist. Ich habe ihm gesagt, dass es für mich sicher kein Problem ist. Daran hat sich bis heute auch nichts geändert. Deshalb unterstreiche ich noch einmal, dass ich diese Aussage in dieser Form nicht getätigt habe, sondern einzig und allein und sehr knapp geantwortet habe, dass ich davon nichts wüsste.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke! Zusatzfrage. Den zweiten Punkt haben sie eigentlich nicht beantwortet. Wäre der Touch der Grünen für höhere Positionen ungeeignet? Das ist eine Frage, die den Kollegen Dello Sbarba und mich weniger umtreibt, weil wir bereits am Ende unserer Karriere sind, aber wenn die Kollegin Foppa zum Beispiel wieder in den zivilen Dienst zurückginge, wäre es für sie sehr beruhigend, wenn Sie hier autoritativ eine Auskunft geben könnten, ob dieser grüne Touch sozusagen eine gläserne Decke einziehen würde oder nicht, weil sie sich dann vielleicht Richtung Privatwirtschaft orientieren müsste, aber vielleicht hier noch eine authentische Interpretation in dieser Hinsicht.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP): Kollege Heiss, ich hatte eigentlich geglaubt, dass ich mit der Beantwortung der ersten Frage auch die beiden anderen beantwortet hätte, aber ich mache es gerne noch einmal der Klarheit halber. Für mich und für uns alle wäre es, glaube ich, sicher kein Problem und wir werden niemanden nach seiner grünen oder weniger grünen Gesinnung fragen.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 24/04/17 del 24/3/2017, presentata dal consigliere Blaas, riguardante internet veloce nel Comune di Marebbe. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Das Land Südtirol hat in den letzten Jahren Mittel in Millionenhöhe für den Ausbau des schnelles Internets zur Verfügung gestellt. In Bezug auf die Anbindung der Gemeinde Mareo/Enneberg an das schnelle Internet wird um die Beantwortung nachstehender Fragen ersucht:

1. Wie viel hat das Land seit Beginn der gegenwärtigen Legislaturperiode für den Ausbau und die Anbindung an das schnelle Internet ausgegeben?
2. Welche Gebäude des Landes sind in der Gemeinde Mareo/Enneberg bereits an das schnelle Internet angebunden?
3. Wann werden die Schulen in Al Plan/St. Vigill, in La Pli/Enneberg und in Rina/Welschellen an das schnelle Internet angebunden?
4. Wie soll die Anbindung an das schnelle Internet für die privaten Anschlüsse konkret erfolgen?

DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP): Sehr geschätzter Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Betreffend die Anfrage, lieber Kollege Blaas, folgende Antwort. Ich habe gesehen, das Amt hat mir jetzt nur die Gesamtkosten für die Anbindung Enneberg aufgelistet. Ich werde Ihnen jetzt mündlich ein paar Inputs dazu und dann die konkreten Ziffern für den Gesamtausbau geben.

In den Jahren 2014, 2015 und 2016 haben wir für das Amt für Infrastrukturen, das für die Hauptleitungen und den POP zuständig ist, an die 15 Millionen Euro ausgegeben. Für das Jahr 2017 haben wir aufgrund einer Veränderung, die wir intern vornehmen, im Haushalt 2017 für das Amt für Infrastrukturen 7 Millionen Euro drinnen, das sind also in toto 52 Millionen Euro für diese beiden Bereiche. Zudem haben wir im Jahr 2014 einen Rotationsfonds für die Gemeinden als Unterstützung für den Ausbau der letzten Meile vorgesehen. Das sind insgesamt 50 Millionen Euro, die seit Mai 2014 den Gemeinden zur Verfügung stehen. Mein letzter Stand der Dinge, der vor zwei Wochen war, ist, dass derzeit von den Gemeinden 28 Millionen Euro aus diesem Rotationsfonds abgeholt wurden und dass für das Jahr 2017 weitere 36 Projekte vorliegen.

Zusätzlich zu den bereits genannten Geldmitteln stehen weitere Sondertöpfe über EU-Finanzierung Strukturfonds zur Verfügung, insgesamt 15 Millionen Euro aus dem Bereich Entwicklungsprogramme ländlicher Raum ELER, die für 16 Gemeinden, die sehr strukturschwach sind, bedeuten, dass sie eine Finanzierung jeweils von bis zu einer Million Euro für den Ausbau der letzten Meile als Verlustbeitrag erhalten. Ich

darf Ihnen noch sagen, dass aus dem EFRE-Topf weitere 22 Millionen Euro zur Verfügung stehen für die Anbindung der Gewerbezone. Die ersten 7 Millionen wurden schon zugewiesen. Die entsprechenden Gemeinden bzw. das Amt für Infrastruktur schließt diese Gewerbezone im laufenden Jahr an.

Für die Kosten betreffend Enneberg im Speziellen für die Anbindung und damit Hauptleitung und POP wurden bisher 518.140,19 Euro inkl. Mehrwertsteuer ausgegeben.

Zu Frage Nr. 2. An das Netz angebunden sind bereits das Rathaus, Catarina Lanz Nr. 48, und die Grundschule Rina/Welschellen, Rina Nr. 28.

Zu Frage Nr. 3. Das zuständige Amt sagt mir, dass im Laufe des heurigen Jahres die Grabungsarbeiten im Dorfzentrum weitergeführt und zu den öffentlichen Strukturen hingeführt werden. Die Schulen, welche sich in der Nähe des Dorfzentrums befinden, werden angebunden. Strukturen in der Peripherie werden nicht über das Landesamt abgedeckt. Das fällt dann in die Frage Nr. 4, nämlich die Frage, wie die Anbindung an das schnelle Internet für die privaten Anschlüsse konkret erfolgen soll. Ich darf darauf verweisen, dass der Breitbandausbau mit Landesgesetz aus dem Jahr 2015 geregelt ist, welches folgende Aufteilung vorsieht: Hauptleitung sogenannte Backbones macht das Land, POP macht die RAS, die letzte Meile obliegt den Gemeinden. Insofern liegen derzeit keine Daten vor. Ich muss auch sagen, die Gemeinde Enneberg ist in Planung und hat bis dato noch kein Ansuchen an den Rotationsfonds für den Ausbau der letzten Meile gestellt.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Landesrätin! Einige Fragen haben Sie ausführlich beantwortet, dafür herzlichen Dank. Bei der letzten Frage sind sie dann doch etwas vage geblieben. Heißt das, wenn ich Sie richtig verstanden habe - bei Ihnen muss ich ja immer nachfragen -, dass die Gemeinde Maro/Enneberg beim Ansuchen für den Rotationsfonds säumig ist? Habe ich das so richtig verstanden? Ist es so zu interpretieren, als ob die Gemeinde leicht in Verzug wäre?

DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP): Ob sie in Verzug ist oder nicht, das möchte ich jetzt nicht bewerten. Es ist eine Bewertung. Ich kann Ihnen sagen, dass die Verantwortung und auch die Aktion im Moment auf der Seite der Gemeinde liegt und sie natürlich auch Gespräche geführt hat. Wir versuchen immer Land und Gemeinden bei den Grabungsarbeiten aufeinander abzustimmen. In diesem speziellen Fall hat es auch eine gute Abstimmung gegeben, das heißt man verlegt die Leitungen in den Bereichen, wo die Hauptleitung läuft, gemeinsam und ich weiß, dass sie in Planung sind. Ich möchte darauf hinweisen, dass es gerade für kleinere Gemeinden eine große Herausforderung ist und sie bemüht sind. Wie aktuell der Stand der Dinge ist, kann ich Ihnen derzeit nicht sagen. Ich entnehme die Unterlagen und Daten aus den Ansuchen, die über den Rotationsfonds und über das Amt für Infrastrukturen eingereicht werden. Dort ist Geld zur Verfügung. Die Gemeinde kann immer kommen und ansuchen. Die Rückfrage müssten Sie an die Gemeinde direkt stellen, wie der Stand der Dinge ist. Ich kann Ihnen nur die Daten liefern, die ich derzeit habe.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 30/04/17 del 28/3/2017, presentata dal consigliere Urzì, riguardante cattedre per particolari progetti didattici nelle scuole. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Premesso che

- il comma 1 dell'articolo 1 della delibera 20 dicembre 2016 n° 1407 prevede che "Per particolari metodologie didattiche e tipologie di offerta formativa, di cui all'art. 12, comma 5 della legge provinciale 12 dicembre 1996, n. 24 e successive modifiche, si intendono concetti, metodi e progetti didattici sviluppati e consolidati nel sistema di istruzione";
- detto concetto è stato ripreso dalla circolare del 21 febbraio inoltrata ai presidi con cui si confermava alle scuole la facoltà di dare avvio alla procedura selettiva per ricoprire l'insegnamento di questi progetti

SI INTERROGA

IL PRESIDENTE DELLA GIUNTA PROVINCIALE

E/O L'ASSESSORE COMPETENTE

per sapere

1. se non si ritenga opportuno, affinché questi progetti possano costituire un reale strumento atto a ridurre il precariato ad assorbire nel corso del tempo gli insegnanti iscritti alle graduatorie ad esaurimento

mento, che alle scuole interessate vengano assegnate cattedre in più rispetto all'organico funzionale;

2. se non si ritenga che le cattedre destinate a questi progetti debbano essere denominate come disponibili con la stessa classe di concorso a cui si attinge per individuare l'insegnante, al fine di contribuire ad aumentare la quota "dops" e permettere agli insegnanti di acquisire punteggio pieno.

TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei): In riferimento alla domanda di cui al punto 1, si condivide la considerazione che questi progetti possano diventare un'utile strumento per ridurre il fenomeno del precariato tra i docenti, pur nella consapevolezza che tale prospettiva, per essere praticabile, richiederebbe un aumento consistente della dotazione organica del personale docente.

Si ritiene importante precisare che questi particolari progetti arricchiscono l'offerta formativa della scuola e la caratterizzano, però sempre in una prospettiva certamente significativa ma di natura prettamente extra curricolare. La stabilizzazione dei docenti, cioè un'assunzione a tempo indeterminato, su tali progetti, pone comunque tutta una serie di questioni legate al riconoscimento di un profilo professionale nuovo non perfettamente coincidente con quello tradizionale dei docenti (inserimento nel sistema nazionale Miur, ricostruzione della carriera, mobilità ecc.). Sembrano cose banali, ma la ricostruzione della carriera, l'inserimento nel sistema nazionale, la mobilità ecc. sono questioni delicatissime per un docente, tanto è vero che abbiamo appena fatto una delibera in cui ci agganciamo, come scuola italiana, al sistema informativo nazionale, proprio perché i nostri docenti, a differenza di quelli di lingua tedesca per motivi oggettivi, hanno bisogno di essere dentro questo sistema nazionale. Quindi la questione è delicata e più complessa di quello che appare.

In riferimento alla domanda di cui al punto 2, proprio perché si tratta di particolari progetti didattici, spesso è problematico ascrivere l'attività realmente svolta dai docenti in una specifica classe di concorso, in quanto non vi è un diretto collegamento dal momento che il progetto richiede competenze e professionalità particolari che vanno oltre lo schema nel quale si collocano le classi di concorso tradizionale, altrimenti non ci sarebbe questo meccanismo. Si è dell'avviso però che nel contesto di futuri provvedimenti che l'amministrazione potrà adottare in materia, si potrà prevedere che per i docenti inseriti nelle nuove graduatorie provinciali o in quelle di istituto che stipuleranno un contratto di lavoro per particolari progetti didattici, il servizio possa essere fatto valere come specifico nelle rispettive classi di concorso di provenienza. Questo però richiede futuri provvedimenti.

Attenzione, perché ce ne stiamo occupando. Gli uffici, gli esperti giuridici hanno scritto che è materia delicata e complicata. Anche sulla questione del sostegno dove è stato denunciato un abuso per quanto riguarda le graduatorie ecc. – il collega ha fatto da portavoce evidentemente – io tecnicamente mi sono rivolto agli uffici, all'ispettore che mi ha spiegato che non era vero che noi prendevamo queste cooperative, che assolutamente era molto più complicato. Quindi bisogna fare molta attenzione, perché anche quello a che a noi può sembrare apparentemente semplice, in realtà rientra in meccanismi complessi che vanno considerati.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Per quanto riguarda la seconda domanda, la risposta è no?

TOMMASINI (assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei): Ho risposto. Rileggo la risposta, se vuole Le faccio avere una copia.

PRESIDENTE: L'interrogazione n. 36/04/17 non può essere trattata, causa l'assenza giustificata della consigliera Artioli. All'interrogazione verrà fornita risposta scritta entro i prossimi 10 giorni.

Passiamo all'**interrogazione n. 49/04/17** del 31/3/2017, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante personale IDM. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Movement 5 Steiles): Im Zuge der geplanten Tourismusreform werden die Tourismusverbände geschlossen werden, und mit den 3 neuen DMEs der IDM ersetzt. Das Personal der Verbände muss nun an einem Wettbewerb teilnehmen, um eine

Stelle in den neuen Organisationen zu bekommen, obwohl die DMEs/IDM offensichtlich eine Nachfolgeorganisation der Verbände ist.

Dies vorweg, richten wir folgende Frage an die Südtiroler Landesregierung

1. Wieso ist ein öffentlicher Wettbewerb der IDM für das Personal nötig, obwohl es sich um eine Nachfolgeorganisation handelt?
2. Wieso musste Alperia als Nachfolgeorganisation von SEL und AE/EW dies nicht machen?
3. Wieviele Angestellte hat IDM insgesamt heute? Wieviel davon mittels Wettbewerb aufgenommen worden?
4. Wieso werden jetzt schon öffentliche Wettbewerbe für Personal und DME Manager gemacht, wo das Gesetz zur Tourismusreform noch nicht verabschiedet ist?
5. Wenn die einstmals privatrechtlich agierenden Tourismusverbände nun de facto zu öffentlichen Strukturen umgewandelt werden, müssen sich anschließend an das Vergabegesetz halten d.h. das Werbebudget wird über Ausschreibungen vergeben werden?

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zu Frage Nr. 1. Die Destinationsmanagementeinheiten sind keine Nachfolgeorganisationen oder die IDM ist keine Nachfolgeorganisation der Tourismusverbände. Die IDM ist Nachfolgeorganisation von EOS, BLS, TIS und SMG. Deshalb konnte dieses Personal übernommen werden. Die Tourismusverbände sind außerhalb und somit kann die IDM nicht als Nachfolgeorganisation der Tourismusverbände betrachtet werden. Deshalb ist die Aufnahme mittels Wettbewerb notwendig.

Zu Frage Nr. 2. Deshalb hinkt auch der Vergleich mit Alperia in diesem Fall, weil Alperia schon die Nachfolgeorganisation von SEL und Etschwerke ist. Sie ist aus der Fusion dieser beiden entstanden, während, noch einmal, die Tourismusverbände nicht fusioniert worden sind in die IDM. Das ist ganz einfach der Unterschied aus diesem Grund.

Zu den Zahlen. IDM hat heute – Stand 31. März – insgesamt 195 Angestellte, 147 mit einer Vollzeitbeschäftigung und 48 mit einer Teilzeitbeschäftigung, davon 157 mit unbefristetem Arbeitsvertrag und 38 mit befristetem Arbeitsvertrag. 5 der derzeit Angestellten mit befristetem Arbeitsvertrag ersetzen Angestellte mit unbefristetem Arbeitsvertrag, welche sich in Mutterschaft befinden. Von den heutigen Angestellten wurden insgesamt 154, 170 zum 1.1.2016, abzüglich 16 Austritte wegen Kündigung Vertragsende, direkt von den vier Organisationen übernommen, SMG, TIS, BLS und EOS. Hier ging es tatsächlich um Rechtsnachfolge, welche in die IDM zusammengelegt wurden. Die Direktübernahme erfolgte aufgrund der Beschlüsse und Akte des Landes und der Handelskammer, welche die Zusammenlegung in Anwendung des Artikels 19 des Landesgesetzes Nr. 11/2014 "Neuordnung und Rationalisierung der Körperschaften und Einrichtungen mit Beteiligung des Landes" vorgesehen haben. Ab 1.1.2016 wurden insgesamt 38 Aufnahmen mit befristetem Arbeitsvertrag über Auswahlverfahren getätigt, mit welchen die beruflichen Fähigkeiten, die Kenntnisse und die Eignung festgestellt wurden, die jeweils für die Stelle notwendig waren. Die Prüfungen bestanden in Kolloquien und/oder schriftlich in Eignungstests mit theoretisch-praktischer und eignungsprüfender Ausrichtung. Für die Aufnahme von Fachkräften sowie in dringenden Fällen oder für befristete Aufnahmen wurden mit der Abwicklung des Verfahrens auch externe Agenturen beauftragt, welche in der Personalauswahl spezialisiert sind.

Zu Frage Nr. 4. Die Stellen für das Personal und die IDM Manager wurden bereits ausgeschrieben, um einen möglichst reibungslosen Übergang zur neuen Organisationsstruktur der Tourismusorganisationen zu ermöglichen. Die Stellen sind zwar schon ausgeschrieben worden, die Einstellung des Personals erfolgt jedoch nach Inkrafttreten des Gesetzes bzw. sobald die DME 2018 operativ sind. Die bereits in Teilzeit oder Vollzeit in den Prozess der Neuorganisation eingebundenen DME Manager organisieren die zukünftige Struktur und Tätigkeit der DME innerhalb der IDM.

Zu Frage Nr. 5. Die bisherigen Tourismusverbände werden nicht in öffentliche Strukturen umgewandelt oder integriert. Die DME werden direkt als Teil der IDM errichtet und unterliegen folglich natürlich dem Vergabegesetz. Auf der anderen Seite muss aber auch klar festgehalten werden, wenn immer Tätigkeiten mit öffentlichen Mitteln finanziert sind mit Steuermitteln, dann gilt das Prinzip, dass das Vergabegesetz dann immer anzuwenden ist. Das war auch in der Vergangenheit so.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Wissen Sie auch, das betrifft jetzt die Frage Nr. 3, wie viele dieser 154 von den vorhergehenden Organisationen übernommenen Personen per Wettbewerb in die Vorgängerorganisation aufgenommen wurden oder ob das direkt war? Ich weiß nicht, ob Sie das jetzt beantworten können.

Noch ein Frage, das betrifft die Frage Nr. 5. Wenn ich richtig verstehe, mussten jetzt auch schon von den Tourismusverbänden die Werbebudgets per Vergabegesetz ausgegeben werden, also dürfte sich hier zumindest zur Mehrwertsteuer kein Unterschied ergeben, weil das für Öffentliche bekanntlich ein Kostenpunkt ist. Eine der Fragen, die ich mir hier gestellt habe, war, wie es in Zukunft mit der Mehrwertsteuer ausschaut, aber vielleicht besteht da kein Unterschied, weil es in der Vergangenheit schon so gehandhabt wurde. Können Sie mir das vielleicht nochmals erklären?

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zur ersten Frage. Diese Information liegt mir jetzt nicht vor. Das war auch nicht Gegenstand der Anfrage. Ich vermute, dass es auch dort mit Wettbewerb, ... Das waren auch zumindest zu einem größeren Teil öffentliche Gesellschaften, aber die Zahlen habe ich jetzt nicht.

Zum zweiten Teil. Eines vielleicht noch. Das Vergabegesetz sieht gerade für solche Aufträge wie Werbeagenturen auch die Möglichkeit vor, direkt auszuwählen. Nachdem es hier um intellektuelle Leistungen auch im Besonderen, um spezifische geht, wissen Sie, dass das Vergabegesetz auch "intuitu personae" gemacht werden kann. So war es in der Vergangenheit. Deshalb gibt es hier keine Beeinträchtigung quasi auch der Tatsache, dass man dann mit Agenturen oder Werbefachleuten zusammenarbeitet, die man ganz einfach aufgrund ihrer Qualität auswählt. Das war in der Vergangenheit möglich und ist auch jetzt möglich, weil das Vergabegesetz selbst hier Ausnahmetatbestände vorsieht. Das ist auch notwendig in einem solchen Fall.

Zum anderen. Die Mehrwertsteuer kann für die kommerzielle Tätigkeit auch in der IDM verrechnet werden, so wie es auch vorher der Fall war. Umgekehrt für institutionelle Tätigkeit nicht, wie es auch vorher der Fall war. Hier ändert sich nichts. Das war lange Gegenstand von Diskussionen, das darf ich hinzufügen, also im Zuge des Fusionsprozesses und von Erörterungen. Es hat dann einen sogenannten "interpello" in der Toskana gegeben, der beantwortet diese Frage für ganz Italien, weil man es einwandfrei geklärt hat. Deshalb ist man eigentlich in der recht günstigen Lage, Mehrwertsteuer verrechnen zu können. Das schafft eigentlich Freiräume, jetzt sogar mehr als vorher, weil man jetzt auch Klarheit hat, wie weit diese Möglichkeit reicht.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 3/04/17 del 15/3/2017, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante buoni lavoro (voucher) soltanto monolingui. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Die Wertgutscheine für geringfügige Mitarbeit, die sogenannten „Voucher“, die über das NISF/INPS und das INAIL erhältlich sind, werden nur einsprachig italienisch abgefasst. Deshalb stellt die Süd-Tiroler Freiheit folgende Fragen:

1. Warum gibt es bislang in Süd-Tirol nur einsprachige Wertgutscheine?
2. Wird die Landesregierung bei NISF/INPS und INAIL intervenieren, damit zukünftig in Süd-Tirol die Wertgutscheine zweisprachig ausgestellt werden?

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Kollege Zimmerhofer, die Anfrage ist nur in Bezug auf die jetzige Form des Vouchers überholt, aber im Prinzip bleibt sie immer aktuell. Da stimme ich schon zu. Es geht ums Prinzip. Im Prinzip ist sie aktuell, nämlich, dass all diese Dinge, alle Formulare, alle Unterlagen, die zum Zwecke der Inanspruchnahme von Diensten der öffentlichen Verwaltung oder auch der Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung dienen, zweisprachig sein müssen. Die Frage ist im Prinzip immer aktuell. Die Antwort lautet, dass die Problematik einsprachige Formulare und Dienstleistungen, dazu zählen auch die als Voucher bekannten Wertgutscheine für geringfügige lohnabhängige Beschäftigung, bereits mehrfach an die betroffenen Verwaltungseinheiten herangetragen wurde. Punktuelle Verbesserungen sind aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung immer mit einer bestimmten Vorlaufzeit verbunden. Man hat uns versprochen - das Ganze ist ein digitales System, wo das angegeben wird -, dass man dort beginnt, das aufzubauen und man am Ende die Wertgutscheine auch verfügbar hat, wobei die Landesregierung stets darauf drängt, den

Gebrauch der deutschen Sprache bereits im Vorfeld mit zu berücksichtigen. Das war dann unsere Anmerkung: Das hätte man schon früher denken können, dass es die Unterlagen auch in deutscher Sprache brauchen wird. Diese sind jetzt sehr im Rückstand.

Zu Frage Nr. 2. Die Landesregierung hat und wird weiterhin darauf bestehen, dass der Gebrauch der deutschen Sprache durch die öffentliche Verwaltung in Südtirol sichergestellt wird. Im Bereich der Wertgutscheine ist dies allerdings nicht mehr zielführend, da nicht mehr Optionals ausgegeben werden, also in der aktuellen Form. Deshalb pochen wir jetzt darauf, dass bei einer allfälligen neuen Form - diese steht schon irgendwo im Raum, es wird irgendein Ersatzinstrument geben, ob es dann morgen Voucher oder anders heißen wird, weiß ich nicht, aber es wird etwas geben - bereits im Vorfeld die Notwendigkeit berücksichtigt wird, dass das in Südtirol auch in beiden Landessprachen zumindest verfügbar ist. Diesbezüglich haben wir schon darauf hingewiesen.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Landeshauptmann, für die Antwort. Mit der Abschaffung bewahrheitet sich der Spruch, also manchmal kann man sich eher etwas erwarten als wie errennen. Es geht ja weiter. Wir sollten den Dingen nicht hinterherlaufen und das im Vorfeld schon einfordern. Wir werden sicher sämtliche Missachtungen und Beschwerden ganz genau dokumentieren und die Reaktion der Landesregierung genau verfolgen. Wir werden das zur gegebenen Zeit verwenden und veröffentlichen. Danke!

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 9/04/17 del 17/3/2017, presentata dal consigliere Wurzer, riguardante abolizione dell'Ufficio Veterinario per gli Adempimenti Comunitari – terzo tentativo. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

WURZER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Landesrat Schuler. Ich weiß, dass ich manchmal nerven kann. Ich habe vor allem ein sehr gutes Vormerkssystem. Deswegen komme ich jetzt zum Dritten mit einer Angelegenheit, die wir schon im März 2015 einmal mit Beschluss beschlossen haben.

Am 5. März 2015 hat der Südtiroler Landtag einen Beschlussantrag zum Thema UVAC genehmigt. Die Landesregierung sollte zum Veterinäramt in Sterzing Informationen einholen und mit dem Gesundheitsministerium in Verhandlung treten, um die Übertragung der Funktionen des UVAC in den Kompetenzbereich lokaler Körperschaften voranzutreiben. Auf eine darauffolgende Anfrage vom 5. April 2016 – also ein Jahr später – teilte der zuständige Landesrat mit, dass das Ministerium in Rom kontaktiert wurde, aber bis dahin leider noch keine Antwort lieferte. Er wollte deshalb in dieser Angelegenheit mit mehr Druck vorgehen.

Nachdem ich nach einem weiteren Jahr immer noch keine Antwort erhalten habe, erlaube ich mir ein weiteres Mal zu fragen:

1. Welche Informationen (Anzahl der MitarbeiterInnen, Angaben zur Einhaltung des Proporz und der Zweisprachigkeit, Öffnungszeiten des Büros usw.) konnten innerhalb der letzten zwei Jahre eingeholt werden und wann können diese Informationen dem Südtiroler Landtag mitgeteilt werden?
2. Wie steht das Ministerium in Rom zur Kompetenzübertragung der UVAC-Funktionen an die lokalen Veterinärbehörden – bzw. alternativ dazu – zur Führungsübertragung an einen Tierarzt/eine Tierärztin aus dem Territorium, welche/r die nötigen Zugangsvoraussetzungen erfüllt?

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP): Sehr geehrter Kollege Wurzer! Das hier angesprochene Problem ist ja nicht neu. Seit über 10 Jahren wird schon diskutiert, das Veterinäramt für EU-Angelegenheiten entweder abzuschaffen oder zu integrieren. Deshalb ist Ihnen als ehemaliger Ressortdirektor des betreffenden Ressorts diese Thematik sehr wohl bekannt und auch bekannt, dass es nicht so einfach ist, hier einen entsprechenden Erfolg zu erzielen. Jedenfalls ist es auch mir in diesen drei Jahren noch nicht gelungen, einen Erfolg zu vermelden, weil immer noch die entsprechenden Antworten aus Rom ausständig sind. Soweit ich das überblicken kann, gibt es zurzeit keinen großen Willen, dieses EU-Amt aufzulassen, leider Gottes. Wir sind hier, glaube ich, derselben Meinung, dass es dieses Veterinäramt für EU-Angelegenheiten nicht mehr brauchen würde und meines Wissens nur der italienische Staat ein solches weiterhin vorgesehen hat, aber dieses abzuschaffen oder zu integrieren, ist bisher, das muss ich zugeben, nicht gelungen. Die Frage bleibt also weiterhin offen. Leider Gottes habe ich bis jetzt keine Antwort aus Rom erhalten, um die einzelnen Fragen entsprechend beantworten zu können.

Sie wissen, dass das Personal vom Staat finanziert wird und schon vor Jahren noch unter Landesrat Berger sogar zugesagt worden ist, dass man auch bereit wäre, Personal zur Verfügung zu stellen, um auch die Mehrsprachigkeit zu garantieren. Dieser Wille wäre sicher auch noch aufrecht, aber es ist schwer umzusetzen aus mir nicht ganz erklärbaren Gründen, weil der Staat sich etwas sparen würde. Uns wäre auch geholfen. Es wäre die Zweisprachigkeit garantiert, aber die Umsetzung wäre sehr schwierig. Wir werden dranbleiben. Es gibt immer wieder Initiativen auch von Seiten des landestierärztlichen Dienstes, das wird es auch von politischer Seite geben. Wie es schön heißt "steter Tropfen höhlt den Stein". Ich hoffe, dass nicht noch eine vierte Anfrage hier fällig wird, aber die Sachen sind in diesem Fall nicht ganz einfach. Das weiß man schon seit vielen Jahren.

WURZER (SVP): Danke, Herr Landesrat, für die Antwort. Irgendwo habe ich jetzt das erste Mal klar gehört, dass es von Seiten des Ministeriums eigentlich keinen großen Willen zur Lösung gibt. Ich kann beruhigen. Ich werde keine vierte Anfrage stellen. Ich ersuche nur dranzubleiben, denn das wäre, denke ich, für uns und für Südtirol und auch für das Trentino, das gilt auch für das Trentino, wichtig. Ich kenne die Thematik natürlich seit langem, aber ich hätte mir schon erwartet, dass zumindest die kleinen Informationen von Seiten des Ministeriums geliefert werden. Ich finde, es ist schade, dass das Ministerium nicht einmal diese Personalinformationen tätigt, geschweige das ganze System in unser System übertragen lässt. Schade, aber, wie gesagt, ich danke, dass es Bemühungen gibt. Ich ersuche, diese Bemühungen weiter zu betreiben, denn das ist, glaube ich, sinnvoll. Auch im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit Rom, diese Bitte geht noch mehr an den Landeshauptmann, wäre es eine Ersparnis auch für den Staat und insofern, wie Landesrat Schuler gesagt hat, ist es nicht ganz verständlich, warum der Staat auf dieses Angebot nicht einsteigt.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 12/04/17 del 17/3/2017, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante senza tetto a Bolzano: accoglienza umanitaria. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Il tema delle persone senza dimora si pone specialmente a Bolzano in termini nuovi: ai classici "senza tetto" si aggiungono migranti in transito, persone che hanno ricevuto o non ricevuto l'asilo e hanno dovuto lasciare le strutture per profughi e altri. Ogni sera, un numero di persone che varia da 50 a 80 trova sistemazioni di fortuna presso chiese, sottopassaggi, ponti. Di loro si occupano le volontarie e i volontari, in collaborazione con parrocchie e benefattori. Una lista di queste persone ci risulta sia consegnata ogni sera alla Questura. Anche se queste persone non hanno altri diritti (es. asilo), non possiamo chiudere gli occhi di fronte al fatto che esse esistono: la società ha il dovere morale di provvedere in termini, almeno, di soccorso umanitario.

Si chiede:

A fine marzo chiude l'"emergenza freddo", termine ormai inadeguato a definire un fenomeno di cui sarebbe competente il comune. Intende la Provincia assumere direttamente la competenza su questo tema, o almeno concordare col comune le misure necessarie e gli adeguati finanziamenti?

La Giunta ha annunciato "soluzioni a bassa soglia" per queste persone. Che cosa si intende fare?

A Bolzano tre sono stati i punti di riferimento: la ex stazione di servizio in piazza Verdi (distribuzione pasti), la stanza sul binario 1 della stazione ferroviaria (ma chiusa nella notte) e il magazzino ex Alimarket, gestito dalla protezione civile (emergenza freddo). Intende la Provincia mettere in rete queste tre strutture e dotarle di adeguati servizi (vitto, alloggio, informazione, consulenza)?

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Danke, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zuerst eine allgemeine Bemerkung. Ich denke, wir können sagen, dass Bozen bzw. das Land Südtirol sicher zu jenen Ländern bzw. Städten gehört, die am meisten für Obdachlose machen und ein Unterstützungssystem haben, das öffentlich finanziert wird, das für Obdachlose gilt. Das zum Ersten.

Zum Zweiten. Es hat unbemerkt von der Öffentlichkeit oder auf jeden Fall von der medialen Öffentlichkeit über Jahre eine Kältenotfalleinrichtung gegeben, die immer so um Mitte März geschlossen worden ist. Letztes Jahr hatten wir gleich viel Personen, die in einer Kältenotfalleinrichtung waren, nicht in einem Ort – das hat ein bisschen im Mittelpunkt des Interesses gestanden -, sondern damals in der Nähe von ex Gorio. Die Anzahl der Personen hat sich leicht erhöht. Es waren 20 mehr, die wir dieses Jahr hatten. Insgesamt

haben wir sie untergebracht zusammen mit den Asylantragstellenden, die im ex Alimarket untergebracht waren. Hier ist richtig angemerkt worden, dass die Obdachlosenunterstützung und die Obdachlosenunterbringung eigentlich Aufgabe der Gemeinde ist. Wir mussten klarstellen, dass wir das ex Alimarket Gebäude auch für andere Zwecke brauchen. Es ist nämlich durchaus immer wieder davon auszugehen, dass wir einen dringenden Bedarf haben, wo wir als Ausweismöglichkeit diese Struktur vor allem haben.

All das vorausgeschickt, darf ich darauf hinweisen, dass wir, was die Aufnahme der Personen anbelangt, die bisher am Bahnhof versorgt worden sind und die weiterhin zum Teil am Bahnhof versorgt werden, weitere Maßnahmen getroffen haben. Es wird eine Unterbringung geben in der ex Mensa, wo wir dafür sorgen werden, dass Menschen, die vorübergehend hier sind, auch versorgt werden. Es wird darüber hinaus hier auch so etwas wie einen Stützpunkt Information geben. Das werden wir alles hier zusammen an Möglichkeiten vorsehen und dann Dienstleistungen für die Menschen, die sich hier kurzfristig aufhalten, vorsehen.

Vielleicht darf ich die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass wir im Bereich der Obdachlosigkeit, abgesehen davon, dass wir neue Programme erst vor kurzem verabschiedet haben, wo wir davon ausgehen, dass wir nicht nur Menschen kurzfristig unterbringen, sondern versuchen, die Obdachlosen, gerade, wenn man so will, die autochthonen Obdachlosen dazu bringen, dass wir sie wieder zurückführen in ein normales gesellschaftliches Leben und ihnen auch die Möglichkeit verschaffen, wieder Arbeit zu finden. Das ist ein zusätzliches Projekt, das wir erst vor kurzem verabschiedet haben und wo wir eine Reihe von Maßnahmen diesbezüglich vorgesehen haben.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir als Landesregierung Unterstützungen geben, was die Obdachlosen anbelangt, einmal für das "Haus Graf Forni", wo wir für die Frauen eine Unterbringung haben. Wir haben dort einen Beitrag von 20.000 vorgesehen. Wir haben für den Kältenotfall für Bozen 131.000 gegeben. Wir haben für die Aufnahmestruktur im "Haus Graf Forni" für die Nachtaufnahme 59.000 vorgesehen. Wir haben also für den Tagesaufenthalt im "Haus Graf Forni" 93.000 vorgesehen. Wir haben für das Gästehaus in der Trientstraße 127.000 vorgesehen. Wir haben für das "Haus Margaret" 108.000 vorgesehen und entsprechend auch ausgezahlt. Noch einmal "Haus Graf Forni" 36.000, "Haus Jona" 30.000. Wir haben für die Übernachtungsstätte für obdachlose Personen in der Gemeinde Meran 37.000 und für das Obdachlosenheim "Haus Arché" 145.000 und im Eisacktal für die Übernachtungsmöglichkeit für Männer 20.000 vorgesehen.

Es gibt dann noch die Essensausgabe, die wir selbstverständlich unterstützen und auch finanzieren mit 14.000, also für die Obdachlosenausgabe in Brixen Essensausgabe. In Bozen haben wir insgesamt an die 60.000 zwischen verschiedenen Projekten plus noch einmal 10.000. Dann haben wir noch die Pilotprojekte, die die Menschen auf den Straßen begleiten im Ausmaß von insgesamt 132.000. Ich glaube schon, dass wir mit dem sagen können, dass wir sehr viele Maßnahmen setzen und sehr viele Maßnahmen unterstützen. Gleichzeitig darf ich darauf hinweisen und dafür auch dankbar sein, dass es auch eine Reihe von Orden und anderen Institutionen gibt, die noch zusätzlich Maßnahmen treffen, die wir zum Teil über andere Unterstützungen auch unterstützen bzw. die das ganz einfach aus Eigenem machen. Ich wollte auch darauf hinweisen, dass wir wirklich versuchen, sehr dezentral, es geht bis ins Eisacktal hinaus, Menschen zu unterstützen, weil nicht alles nur an der Stadt Bozen hängen bleiben soll, aber die Hauptlast ist hier und deshalb auch die meisten Projekte, die wir in der Stadt Bozen unterstützen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde – Grupa Vërda): Faccio una domanda ulteriore. Restringiamo la questione a Bolzano. Lei sa, assessora, perché conosce benissimo la situazione, che qui c'è una nuova dimensione della persona senza dimora che è legata alla migrazione in vari aspetti. Avete fatto la riunione al Commissariato del Governo, la teoria che io attribuisco più al Commissariato del Governo, anche se poi la ripete anche la Provincia, era quella che se chiudiamo se ne vanno, non è successo. Lei, assessora, considera la situazione di questi giorni a Bolzano, quella che fotografa il collega Urzì dalle finestre del suo ufficio, tollerabile? Se non la considera tollerabile, che cosa intende fare per trovare una soluzione? Non se ne vanno, ci sono persone che lavorano, persone che fanno corsi di lingua, ci sono persone che aspettano una risposta sull'asilo. Se invece la considerate tollerabile, poi vi prendete la responsabilità di quello che potrebbe succedere? La situazione, assessora, è molto grave.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Ich habe darauf hingewiesen, dass wir letztes Jahr die gleiche Situation hatten und die Kältefallzentren von der Gemeinde Bozen Mitte März geschlossen worden sind. Ich darf gleichzeitig darauf hinweisen, dass wir alle, die ein Anrecht auf einen Asylantrag haben bzw. diesen gestellt haben, sukzessive aufgenommen haben. Wir können nicht verantwortlich sein für jene Personen, die von einzelnen Personen in ihre privaten Wohnungen mitgenommen werden und wo wir nicht in Kenntnis sind, wer diese sind. Das ist dann in der Verantwortung jedes Einzelnen. Vielleicht darf ich auch die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass, wenn der Fokus so sehr darauf gerichtet wird von Seiten der Medien, wenn sehr viele da sind, die alles dafür tun, dass dieses Phänomen immer im Mittelpunkt steht, dann wird man sicher auch dazu beitragen, dass mehr Menschen angezogen werden. Davon bin ich fest überzeugt.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 15/04/17 del 17/3/2017, presentata dal consigliere Pöder, riguardante Laives: alunni presenti alla cerimonia per l'unità d'Italia – mancanza di sensibilità. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Die Tatsache, dass - wie vom Südtiroler Schützenbund auch kritisch angemerkt - in Leifers anlässlich der Feierlichkeiten zur Einigung bzw. Einheit Italiens am 17. März auch deutsche Südtiroler Schulkinder zur Teilnahme verpflichtet werden ist nicht nachvollziehbar.

Hier fehlt es an Sensibilität seitens der Organisatoren und wohl auch der Schulbehörden.

Gerade in Südtirol, das nicht freiwillig zur "einen und unteilbaren" Republik Italien gekommen ist und nie gefragt wurde, ob es dazugehören will, sollten bei solchen nationalistischen Feierlichkeiten nicht auch noch Südtiroler Schulkinder als Kulisse verwendet werden.

1. Welche Haltung nimmt die Landesregierung zu dieser genannten Frage ein - wird die Landesregierung eine Änderung dieser Praxis in die Wege leiten?

PRESIDENTE: Consigliere Knoll, prego.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich ersuche, diese Anfrage mit meiner zusammenzulegen, weil sie gleichlautend ist, wenn der Kollege Pöder einverstanden ist.

PRESIDENTE: Il consigliere Pöder è d'accordo, per cui prego il consigliere Knoll di dare lettura dell'interrogazione n. 16/04/17 del 20/3/2017, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle Zimmerhofer, riguardante strumentalizzazione politica degli alunni di lingua tedesca. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): In Leifers fand unlängst eine Feier zur Einheit Italiens statt, an welcher neben Carabinieri, Alpinisoldaten und Gemeindevertretern auch deutsche Schulklassen teilnehmen mussten. Dabei wurden die Kinder genötigt, ein Bekenntnis zur Einheit Italiens abzulegen, indem sie die kriegsverherrlichende Mameli-Hymne singen mussten, in der es wörtlich heißt: "Wir sind zum Sterben bereit".

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

1. Wer hat den Schulklassen angeordnet, an den Feiern zur Einheit Italiens teilzunehmen?
2. Wurden die Eltern vorab darüber informiert?
3. Wie rechtfertigt Lehrer und Schulamt eine derart schändliche politische Instrumentalisierung von Schülern?

ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP): Sehr geehrter Kollege Pöder, sehr geehrter Kollege Knoll! Ich darf eines vorausschicken. Generell gilt bei Feiern, zu denen Schulen eingeladen werden, dass die autonome Schule prinzipiell selber innerhalb ihrer Gremien entscheidet, ob daran teilnehmen oder nicht daran teilnehmen.

Ich komme jetzt zum konkreten Fall und habe mich selbstverständlich erkundigt. Ich berufe mich auf Informationen von Frau Direktor Veronika Fink, die darauf geantwortet hat, wie es in diesem konkreten Fall bei dieser Einladung an und für sich vor sich gegangen ist, nicht nur heuer, sondern auch in den letzten Jahren, weil diese Einladung nicht zum ersten Mal ergeht. Nachdem die Einladung von Seiten der Gemeinde an die Schule ergangen ist und schlussendlich, das wurde auch in den Berichten vorab verwechselt, keine

Grundschüler daran teilgenommen haben, sondern zirka 45 Jugendliche von der deutschsprachigen Mittelschule, ist diese Anfrage an die Schule ergangen und es wurde im Lehrerkollegium zuallererst besprochen, welcher Vorschlag den Eltern gemacht werden sollte, ob daran teilnehmen oder nicht. Das Lehrerkollegium hat befunden, dass man daran teilnehmen sollte, wenn man diese Feier in einen historischen Kontext stellt, vor- und nachbereitet und den Jugendlichen die Möglichkeit gibt, sich selber ein Bild zu machen, auch kritisch darüber zu reflektieren und darauf auch zu antworten in einer Vor- bzw. Nachbereitung.

Darüber hinaus wurde dann, weil man diesen Vorschlag so wie bei jedem Lehrausflug immer den Eltern unterbreitet und diese ihr Einverständnis geben müssen, am 16. März in einer Elternratsitzung der Vorschlag dazu unterbreitet und zusätzlich auch noch sämtlichen Eltern der Jugendlichen, die teilgenommen haben, ein Formular wie bei jedem Lehrausflug ausgehändigt, das unterschrieben zurückgebracht werden muss. Am 16.3, sämtliche Protokolle wurden kontrolliert, wurden in der Elternratsitzung keine Vorbehalte oder keine Einwände dazu gemacht und es wurden sämtliche Unterschriften zur Teilnahme von Seiten der Eltern eingereicht und zurückgebracht. Sollte von irgendjemandem, dann müssen Sie mir es bitte sagen, dies nicht passiert sein, das liegt uns nicht vor, dann würde kein Jugendlicher gezwungen, das ist eine Fehlannahme, sondern der könnte parallel in einer Klasse bleiben und einen anderen Unterrichtsstoff besuchen bzw. behandeln.

Weiterer wichtiger Punkt, und da legt die Schule Wert auf die Feststellung, vom Singen der Hymne hat die Schule immer Abstand genommen. Die Schule hat sicherlich nicht gesagt, bitte singt die Hymne. Wenn jemand hinget und selber die Hymne singt, dann ist es die Entscheidung von einem Jugendlichen selber, sicher nicht der Schule. Es wurde immer wieder gesagt, die Schule hat Jugendliche genötigt, die Hymne zu singen. Die Schule legt Wert auf die Feststellung, dass sie sicherlich nicht der Wahrheit entspricht.

Zusammengefasst. Es wurde zuerst im Lehrerkollegium darüber gesprochen. Man hat gesagt, man bereitet die Feier vor und nach, will zur kritischen Reflektion auch Möglichkeit geben. Man hat Eltern in einer Elternratsitzung befragt, man hat Formulare ausgeteilt, sämtliche wurden unterschrieben, es wurden keine Einwände gemacht, dementsprechend wurde kein Jugendlicher gezwungen, an der Feier teilzunehmen. Die Schule hat vom Singen der Hymne Abstand genommen, darauf legt die Direktorin ausdrücklich fest.

Ein Letztes. Weil auch die Direktorin darauf Wert legt, dies festzuhalten, liegt es der Schule am Herzen, bei sämtlichen Lehrausflügen, die im Zusammenhang mit historischen Ereignissen stehen können, die auch von jungen Menschen selber bewertet werden sollen - sie hat angeführt, dass dieselbe Klasse unter anderem das Andreas Hofer Museum in Passeier besucht hat und dass man das Andreas Hofer Denkmal mit einer Klasse besucht hat -, immer so zu arbeiten, nämlich zu informieren und zu kritischer Reflektion die Möglichkeit zu geben, was auch in diesem konkreten Fall passiert ist.

Es stimmt also nicht, darauf legt die Schule Wert und ich berufe mich auf diese Information, dass irgendjemand gezwungen oder genötigt worden wäre, teilzunehmen oder sogar eine Hymne zu singen.

PRESIDENTE: Il consigliere Pöder rinuncia alla replica.
Consigliere Knoll, prego, a Lei parola per la replica.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich glaube schon, dass nicht von der Schule die Weisung ausgeht, die Schüler müssen die Hymne singen, das ist mir schon klar. Ich halte es auch für sinnvoll, dass die Schüler kritisch sich damit auseinandersetzen. Das ist nicht vergleichbar, wenn man ein Museum besucht oder irgendwo hinget. Hier gibt es eine Staatsfeier. Es wäre so, als ob eine Schulklasse am Andreas Hofer Sonntag nach Meran zur Schützenveranstaltung geht. Was glauben Sie, was dort für ein Aufschrei im Land los wäre, wenn so etwas passieren würde? Es gehört schon irgendwo auch zur Verantwortung der Lehrer, dass man weiß, auf was man sich einlässt. Ich erinnere Sie daran, ich glaube, wir beide waren sogar bei dieser Podiumsdiskussion, das ist ein paar Jahre her, als es diesen Fall der Volksschule Uttenheim gab, wo man auch gesagt hat, wir haben einfach nur einen Ausflug gemacht und plötzlich hätte der ORF, das hieß es damals von Seiten der Schule, den Kindern grün-weiß-rote Fahnen in die Hand gedrückt, was nicht einmal stimmt, der ORF hat es damals dementiert, und hätten dann alle sozusagen mit der Fahne gewunken und das wäre halt ein Schulausflug gewesen. Ich würde mir schon erwarten, dass auch von Seiten des Schulamtes ein bisschen kontrolliert wird, wo man hinget, dass man sich mit dieser Geschichte auseinandersetzt, dass die Schüler auch wissen, was an diesem Tag gefeiert wird. Das geht mir alles in Ordnung.

Sie wissen auch, Herr Landesrat, dass diese Feier in Leifers beispielsweise auch von Vertretern der SVP sehr kritisch betrachtet wird, die teilweise, glaube ich, nicht einmal an dieser Feier teilnehmen, und das

aus gutem Grunde. Wenn jetzt die Gemeinde die Schüler dort einlädt, dann sage ich, und das unterstelle ich jetzt einfach einmal, tut das die Gemeinde nicht, weil sie den Schülern was beibringen möchte, sondern weil sie die Schüler bei dieser Feier haben möchte, damit das Ganze größer aussieht. Da fängt der Punkt für mich an, wo ich sage, da werden Schüler aus politischen Gründen instrumentalisiert. Deswegen wäre ich ein bisschen vorsichtig von Seiten des Schulamtes, dass man einfach die Klassen dort einlädt. Sie gehen unreflektiert hin und hier stehen die Schüler dann und werden aufgefordert oder werden sich genötigt fühlen, hier mitzusingen. Dann entstehen diese unseligen Polemiken, die einfach vermeidbar wären. Weder der Lehrer will den Schülern was Böses, das glaube ich auch nicht, noch ist hier den Schülern etwas zu unterstellen, aber ich glaube, man sollte schon ein bisschen vorsichtig damit umgehen, wenn Schulklassen zu politischen Feiern eingeladen werden, egal, ob das jetzt patriotische Feiern sind, ob es Feiern nach der einen oder anderen Seite sind. Ich würde eher davon absehen, dass man Schulklassen zu politischen Feiern einlädt, und das ist eine politische Feier in Leifers gewesen, weil ich glaube, der Mehrwert von Schülern ist nicht gegeben, bei einer politischen Feier teilzunehmen. Man kann ein Museum besuchen, man kann sich kritisch auch im Unterricht beispielsweise damit auseinandersetzen, dass in unserer Gemeinde die Feier stattfindet. Das geht für mich alles in Ordnung, aber sozusagen als schmückendes Beiwerk für eine politische Veranstaltung instrumentalisiert zu werden, damit habe ich, offen gesagt, meine Probleme.

PRESIDENTE: Passiamo all'**interrogazione n. 28/04/17** del 28/3/2017, presentata dalla consigliera Mair, riguardante corsi di arabo per le forze dell'ordine. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

MAIR (Die Freiheitlichen): Wie aus unterschiedlichen Berichten hervorgeht, haben am Freitag, den 24. März 2017, 16 Ordnungskräfte der Carabinieri, der Gefängnispolizei und der Finanzwache am Sitz der Carabinieri einen Kurs für Arabisch begonnen. Organisiert wurde das Angebot vom Italienischen Kulturressort des Landes und deshalb wird um die Beantwortung der nachstehenden Fragen ersucht:

1. Wie hoch waren die Kosten für die besagten Arabischkurse für die Ordnungskräfte?
2. Seit wann ist das Italienische Kulturressort des Landes für den Fremdsprachenunterricht der staatlichen Ordnungskräfte zuständig und sind die Ausgaben damit rechters?
3. Aus welchen Gründen fördert das italienische Kulturressort die Bildung von Parallelgesellschaften und bestärkt diese in ihrer Haltung durch Arabischkurse für Ordnungskräfte?
4. Von wem ging die Initiative für die Arabischkurse für die Ordnungskräfte aus?
5. Warum werden die arabischsprachigen Personen in Südtirol nicht angehalten, die deutsche und italienische Sprache zu erlernen?
6. Welche weiteren Sprachen – außer Deutsch – sollen die Ordnungskräfte des Weiteren lernen?

TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei): Bedeutende Informationsflüsse betreffen unser Land in den letzten Jahren. Sie haben für die Polizeikräfte immer stärker die Notwendigkeit gezeigt, die Besonderheiten anderer Kulturen kennenzulernen und sich auch Grundzüge anderer Sprachen anzueignen. In diesem Kontext steht die Fortbildung in arabischer Sprache und Kultur, die darauf abzielt, in unserem Land einen angemessenen Zugang, einen besseren Dienst und beste Ergebnisse liefern zu können. Die Fortbildung bietet zweifelsohne Vorteile für die Sicherheit der Landesbevölkerung. Für ein Pilotprojekt hat es das Land für angebracht erachtet, eine geeignete Sprachagentur darin zu unterstützen, die Polizeikräfte auf dem Lernweg zu diesen neuen Kenntnissen zu unterstützen.

Zu Frage Nr. 1. Die Abteilung Kultur hat zwei Ausgaben des Kurses unterstützt. Im Jahr 2016 Sprachen, Kultur und Sicherheit kosten 1.300 Euro für 24 Treffen jede zweite Woche zu je 90 Minuten, 20 Teilnehmende. Im Jahr 2017 arabische Sprache und Kultur 1.400 Euro für 12 wöchentliche Treffen zu je 180 Minuten, 16 Teilnehmende. Teilgenommen haben Beamte der Carabinieri, der Stadtpolizei, der Justizvollzugspolizei und der Finanzpolizei.

Zu Frage Nr. 2. Das Amt für Zweisprachigkeit und Fremdsprachen ist zuständig für die Verbreitung und Erlernung von Fremdsprachen aufgrund des Landesgesetzes vom 13. März 1987, Nr. 5. Daraus folgt auch die Zuständigkeit Beiträge an Sprachagenturen zu vergeben, die im Landesgebiet tätig sind, also auch für die Sprachagentur CLS, die den Kurs organisiert.

Zu Frage Nr. 3. Die Kosten für die Arabischkurse für die Polizeikräfte, die im Übrigen von bescheidenem Ausmaß sind, wurden getragen von der Tatsache, dass das Kommando der Carabinieri legion alle ver-

fügbaren Ressourcen bereits für andere Notwendigkeiten verwendet hat, wie zum Beispiel Deutsch Intensivkurs im Ausmaß von 4 Monaten und 36 wöchentlichen Stunden März-Juli 2016 März-Juli 2017 zugunsten von 30 Beamten ohne deutsche Kenntnisse zum Zwecke der Einhaltung der Bestimmungen des Autonomiestatuts, die den Bürgerinnen und Bürgern deutscher Sprache im Landesgebiet das Recht gewähren, im Verkehr mit der öffentlichen Verwaltung ihre Sprache zu verwenden. Kurs in deutscher Rechtsterminologie im Ausmaß von 6 Tagen für die Beamten der Gerichtspolizei 2015 und 2016 und Erstellung einer eigenen CD mit verschiedenen Formularen in deutscher Sprache, um die Erstellung von Dokumenten in deutscher Sprache zu erleichtern und zu verbessern.

Quindi sostanzialmente la Ripartizione finanzia non solo corsi di seconda lingua ma anche corsi, secondo una legge provinciale specifica, su altre lingue. Ne vengono organizzati diversi. Credo sia positivo, visto da questo punto di vista, che proprio dal comandante della Legione Carabinieri sia venuta questa richiesta di collaborazione per far sì che le Forze dell'Ordine, io sono stato a vederli, sono motivati, acquisiscano quelle competenze di base per entrare in relazione e capire la lingua araba anche per un maggior controllo del territorio, per garantire una maggiore sicurezza. Di fronte a una cifra relativamente modesta investita, credo che la collaborazione per tutti sia positiva.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Landesrat! Dass wir beide unterschiedliche Auffassungen von Integration haben und wie wir mit Integration und Zuwanderern umgehen, ist hinlänglich bekannt. Ich kann jene Sicherheitskräfte ein bisschen verstehen, wenn sie sagen, wir tun uns im Dienst schwer, weil wenn wir eine Sprache nicht beherrschen, immer Leuten vertrauen müssen, die übersetzen usw., wo wir auch nicht immer wissen, ob sie uns die Wahrheit sagen oder nicht. Das ist die Praxis, das ist der Alltag, aber Sie werden verstehen, dass die Menschen in Südtirol, gerade die Deutschen schon ein bisschen aufgejault haben, als sie das gelesen haben, weil Arabisch in Schalders, in Tiers oder wo auch immer wenig bringen wird.

Was hat man da wirklich getan, dass sich die Menschen, die dort sind, besser mit den Sicherheitsbeamten verständigen können? Es werden Kurse gemacht, es wird Geld ausgegeben. Fakt ist aber, dass viele Südtiroler ihre Muttersprache im Alltag im Umgang mit Ordnungs- und Sicherheitskräften nicht verwenden können. Das ist Realität. Zu denken, dass die Sicherheit dadurch steigt oder mehr gewährleistet ist, wenn man einige Einheiten in arabischer Sprache abhält, das kommentiere ich nicht. Das ist für mich einfach naiv. Es ist zudem, das muss ich auch sagen, ein Eingeständnis, dass wir wirklich ein Sicherheitsproblem haben vor allem mit dieser "Art von Gesellschaft", das ist ganz klar. Sonst würde, glaube ich, keiner klopfen und sagen, wir müssen uns in dieser Sprache verständigen können.

Die Summen sind nicht Unsummen, das möchte ich sagen. Ich habe heute eine Anfrage von Landesrat Achammer bekommen, was die Sprachkurse anbelangt, die für Migranten usw. durchgeführt wurden. Hier kommen ganz andere Summen heraus, also 705.000 Euro für Deutschkurse. Das italienische, also Ihr Assessorat hat 64.000 Euro für Alphabetisierungskurse ausgegeben. Ich würde mir halt wünschen, dass ... Es wird ja viel angeboten. In der Praxis, ob die Gelder wirklich immer gut investiert sind, gemessen am Ergebnis, das weiß ich nicht. Ob jetzt dieser Kurs beiträgt, dass Südtirol sicherer ist, bezweifle ich, wobei ich sehr wohl verstehen kann, dass es für die Sicherheitsbeamten nicht immer einfach ist, wenn sie mit Gaunern anderer Sprachen zu tun haben oder bei Ermittlungen und Abhörungen sich auf Übersetzer verlassen müssen, die ihnen auch irgendetwas erzählen können, aber ob diese Einheiten ausreichen, tatsächlich die Sprache zu beherrschen, bezweifle ich auch, wenn man bedenkt, dass Deutsch nicht beherrscht wird.

PRESIDENTE: La parola al Presidente Kompatscher, prego.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Wenn die Kollegin einverstanden ist, möchte ich eine Zusatzinformation geben, weil es eigentlich keine Replik auf die Replik gibt. Das dürfte Sie vielleicht interessieren. Was gerade die Deutschkenntnisse der Carabinieri anbelangt, hat gerade General Menniti, der hier Verantwortung trägt, das muss man schon auch bemerken, eine doch sehr bemerkenswerte Initiative herbeigeführt, die als Medienmeldung kaum Widerhall gefunden hat, die aber eine Wende in Südtirol ist. Ab jetzt werden jedes Jahr Sonderwettbewerbe für deutschsprachige Carabinieriwärter gemacht, und zwar in einem sehr umfassenden Ausmaß, nämlich 35. Das ist doch eine Geschichte, die es bisher in Südtirol nicht gegeben hat und das ist viel mehr als Sprachkurse und alles andere. Es werden jetzt gezielt deutschsprachige Carabinieri gesucht und auch für Offiziere, nämlich 15. Jedes Jahr wer-

den eigene Wettbewerbe gemacht, wiederum den Deutschsprachigen vorbehalten als Sonderwettbewerbe nur in Südtirol, und zwar werden diese auch in Südtirol abgehalten. Ich hatte jüngst ein Treffen mit dem zuständigen kommandierenden General der Finanz, wo ich gesagt habe, dasselbe sollte als Prinzip die Finanz übernehmen. Ich denke schon, man sollte auch das anerkennen, zur Kenntnis nehmen. Bei den Carabinieri hat es ein völliges Umdenken gegeben. Ich darf schon die Person des Generals Menniti hervorheben, der auch als gebürtiger Schlanderser wahrscheinlich das entsprechende Verständnis dafür hat und entsprechend Maßnahmen gesetzt hat, die in ihrer Wirkung dann von großer Bedeutung sein werden.

PRESIDENTE: L'interrogazione n. 37/04/17 non può essere trattata, causa l'assenza giustificata della consigliera Artioli. All'interrogazione verrà fornita risposta scritta entro i prossimi 10 giorni. Lo stesso vale per l'interrogazione n. 38/04/17.

Vista l'assenza momentanea degli assessori Stocker e Theiner passiamo intanto all'**interrogazione n. 46/04/17** del 31/3/2017, presentata dal consigliere Urzì, riguardante famiglia con 4 figli rischia di rimanere senza casa. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Premesso che da notizie di stampa si apprende che una famiglia con 4 figli in tenera età (dai 7 mesi ai 7 anni), residente a Laives, pur presente nella graduatoria Ipes al terzo posto, non riesca ad accedere ad un alloggio sociale in quanto non ve ne sarebbero di adeguati nella disponibilità dell'Istituto

si interroga il Presidente della Giunta provinciale
e/o l'assessore competente

per sapere

1. se corrisponda al vero che alla famiglia non sia stato assegnato un alloggio perché l'Ipes non disporrebbe di uno di dimensioni adeguate;
2. di quanto alloggi sfitti di dimensioni adeguate (con 3 o più stanze letto) disponga oggi l'Ipes a Bolzano ed a Laives;
3. se non si ritenga opportuno garantire l'assegnazione di un'abitazione alla famiglia in questione, anche al di fuori del comune di Laives, se in possesso dei requisiti, ed anche eventualmente procedendo con l'acquisto di un alloggio adeguato alle esigenze sul mercato privato.

TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei): Cerco di leggere la risposta fornita dall'Ipes, ovviamente senza citare il nome della famiglia, per far capire come funzionano alcuni meccanismi.

Il caso nello specifico risulta che abbia 32 punti, che sono tanti, ma nella graduatoria si posiziona al quinto posto perché ci sono famiglie che hanno 34, 35 punti. Da quello che mi riferisce l'Ipes effettivamente sul Comune di Laives non ci sono, allo stato attuale, alloggi liberi adeguati da poter assegnare in questo momento.

Nel Comune di Bolzano, perché a quanto capisco la famiglia è in graduatoria anche qua, ci sono 45 famiglie da sistemare, composte da 4, 5 persone, che hanno un punteggio superiore alla famiglia in oggetto. Le famiglie numerose esistono. E queste 45 famiglie, lo dico perché so che poi potrebbe esserci qualche polemica, non comprende famiglie extra comunitarie, sono 45 famiglie autoctone.

Risulta che la famiglia in oggetto abbia uno sfratto per morosità, e quindi in questo senso non ha il punteggio aggiuntivo relativo allo sfratto – mi riferisce l'Ipes – perché se pur avendo pagato avesse uno sfratto, avrebbe un bonus. La famiglia ha anche presentato domanda di assegnazione nel Comune di Bolzano, ma raggiunge meno punti per questioni di residenza.

Bisogna considerare ogni caso. In realtà ci occupiamo giornalmente, senza fare clamore, di molti casi, non solo di quelli che finiscono sui giornali, come è immaginabile, ma anche casi che si riescono a intercettare prima, che sono casi molto complessi. Purtroppo non si può dare risposta a tutti, bisogna seguire ogni caso cercando di trovare una risposta a questa famiglia, magari ragionando anche col Comune, perché spesso questi casi ci vengono segnalati quando sono vicini allo sfratto. In questo momento ce ne sono tre o quattro che si cerca di sistemare. L'Ipes sta cercando di occuparsene insieme ai Comuni, però effettivamente c'è un bisogno reale anche di altre famiglie che hanno un punteggio maggiore di questa, che non sono state su giornale a cui l'Ipes non può far scavalcare questa famiglia su Bolzano per le ragioni dette.

Detto questo, c'è una task-force che si occupa di casi particolarmente delicati, di malattia ecc. e questo è uno dei casi che viene seguito insieme a altri, soprattutto dove ci sono minori la situazione è molto delicata, quindi preferiamo cercare di seguirla piuttosto che dare enfasi immediata che poi alla fine non risolve i problemi dei minori. Ne abbiamo intercettati molti. Ci sono problemi di varia natura, alle volte, non è questo il caso, qualcuno non rinuncia a sistemazioni ecc. ed è vero che bisogna lavorare anche in combinato disposto con i servizi sociali, perché in molti casi ci sono complesse situazioni familiari. Ricordiamo che comunque anche i servizi sociali intervengono e c'è anche la forma del sussidio per dove non riusciamo a dare alloggi comunali.

Proprio ieri ci siamo incontrati anche con i sindacati della terza età per sfatare questa cosa che c'era scritta sul quotidiano "Alto Adige", che si sfrattano 3.000 anziani. Non è vero, lungi da noi di pensare questo, c'è stata una mala interpretazione, però effettivamente favorire la messa a disposizione in accordo con gli anziani offrendo un alloggio più piccolo, magari nello stesso quartiere ecc. sarebbe importante, perché abbiamo realmente bisogno di alloggi grandi per famiglie con 2, 3 figli, e grazie a questa interrogazione abbiamo anche avuto modo di parlarne.

PRESIDENTE: Il consigliere Urzì rinuncia alla replica.

Passiamo all'**interrogazione n. 45/04/17** del 31/3/2017, presentata dal consigliere Urzì, riguardante centro per anziani Villa Burgund. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Villa Burgund è una struttura che ospita gli anziani affetti da demenza senile, morbo di Alzheimer e altre patologie involutive correlate all'età. La scorsa settimana la Provincia ha annunciato la revoca a partire dall'estate degli assegni di cura ai 38 anziani presenti, in quanto la struttura non è accreditata.

Tutto ciò premesso e considerato

si interroga il Presidente della Giunta provinciale
e/o l'assessore competente

per sapere:

1. Se non si ritenga che la struttura possa costituire un'irrinunciabile offerta alternativa nella cura degli anziani affetti da gravi patologie invalidanti che in tale contesto hanno riscontrato importanti benefici;
2. se non si ritenga che lo spostamento dei pazienti in altre strutture di degenza che applichino differenti protocolli sanitari possa portare ad un peggioramento delle condizioni di salute degli anziani o quanto meno della loro qualità di vita;
3. se non si ritenga che l'assegno di cura dovrebbe essere assegnato alla persona in riferimento allo stato di non autosufficienza e non in base alla struttura in cui è ospitato.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Danke, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Kollege Urzì! Die Sozialgenossenschaft "Haus Sonnenschein", die auch die "Villa Burgund" in Meran führt, ist eine Betreuungseinrichtung für pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren. Die Situation bzw. die Überprüfung der Situation in diesen Häusern war, wie Sie wissen, Gegenstand auch von Gerichtsverfahren. Die Urteile in diesen Gerichtsverfahren sind zum Schluss gekommen, dass diese Strukturen, und Sie haben es vorhin in Ihrer Wortmeldung auch ganz klar unterstrichen, denjenigen von Alters- und Pflegeheimen entsprechen in dem was hier getan wird in der Art wie hier eine Dienstleistung erbracht wird. In dem Moment, wo das Gericht diese Urteile gesprochen hat und wir davon in Kenntnis sind, wer die Menschen in dieser Struktur sind, haben wir auch die Verantwortung. Das gibt uns auch die Rechtsgrundlage vor, dass wir dann garantieren, dass diese Häuser auch den Standards von Alters- und Pflegeheimen entsprechen, wie eben auch von Seiten des Gerichtes beurteilt worden ist, was da drinnen stattfindet, das heißt wir sind in dem Moment verpflichtet, darauf zu achten, dass die Standards eingehalten werden. Würden wir das nicht tun, setzen wir uns natürlich eventuellen Verfahren aus, wenn irgendetwas passiert und wir genauso wie die Betreiber des Hauses bzw. diese Genossenschaft, wenn es zu einem Vorfall kommt, der dann vor Gericht landet. Aus diesen Gründen haben wir handeln müssen.

Es ist so, dass wir bisher das Pflegegeld an die Menschen ausgezahlt haben, die in diesem Haus sind, weil wir auch erst vor kurzem erreicht haben, dass wir die Namen der Menschen bekommen haben, die in diesem Haus untergebracht sind. In dem Moment, wo wir in Kenntnis waren, wer die Menschen sind, in dem Moment, wo wir in Kenntnis der Gerichtsurteile waren, die sagen, das ist ein Haus, das von der Art der

Tätigkeit her Alters- und Pflegeheime sind, haben wir vom rechtlichen Aspekt her wieder die Verpflichtung, darauf zu schauen, dass die Standards eingehalten werden. Nachdem diese nicht eingehalten sind, und das haben wir über Jahre schon versucht mitzuteilen, dass man versuchen sollte, entweder sich als Struktur zu etablieren, die betreutes, begleitetes Wohnen macht, auf der anderen Seite den Kriterien eines Alters- und Pflegeheimes entspricht, ist nicht gemacht worden. Wir haben sie jetzt wieder darauf hingewiesen, dass man alles tun möge, um die Anpassungen zu machen, ansonsten wir gezwungen sind, die Zahlung der Pflegegelder auszusetzen. Wir haben jetzt noch einmal eine Frist gelassen, damit man sich eventuell orientieren kann in diese Richtung, entweder betreutes begleitetes Wohnen anzubieten oder auf der anderen Seite die Kriterien eines Alters- und Pflegeheimes zu übernehmen. Dann werden wir selbstverständlich wie bei allen Alters- und Pflegeheimen die Bezahlungen vornehmen, die, wie Sie wissen, jetzt ja direkt an die Häuser gehen und nicht mehr an die einzelnen Personen. Das war eine Änderung, die vor ungefähr drei oder vier Jahren vorgenommen worden ist, dass man nicht mehr die Bezahlung an einzelne Menschen macht, die dann wieder das Alters- und Pflegeheim zahlen, sondern eine direkte Bezahlung. Sollte diese Anpassung gemacht werden, dann werden wir sofort wieder die Maßnahme, die wir jetzt schon einmal ausgesetzt haben, weil wir Zeit lassen wollten, zur Gänze aussetzen bzw. die Bezahlung vornehmen wie bei allen anderen Alters- und Pflegeheimen auch. Wir haben jetzt, das möchte ich noch einmal betonen, Zeit gelassen, sich eventuell anzupassen. Wenn das erfolgt, dann sind wir auch sehr froh, wenn diese Struktur mit den erforderlichen Standards weiterhin die Unterstützung der älteren Menschen gewährleistet.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Faccio una ulteriore domanda. Chiedo se non si ritenga di rivedere il principio per cui l'assegno viene assegnato alla struttura e non alla persona, lasciando la possibilità di scelte a seconda di situazioni diverse, quindi permettendo, in questo caso, il riconoscimento alla persona di un assegno che possa essere utilizzato anche a propria scelta, per l'assistenza presso una struttura così come organizzata oggi presso villa Burgund. La Provincia può intervenire per restituire il diritto dell'assegno alla persona invece che alla struttura?

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Natürlich können wir dabei bleiben, dass wir die Auszahlungen an einzelne Personen vornehmen, wenn sie im Rahmen der häuslichen Pflege betreut werden. Das ist vom Gesetz so vorgesehen, dass wir das selbstverständlich an die einzelnen Personen weiterhin auszahlen können.

Hier haben wir es jetzt mit einer etwas komplexeren Geschichte zu tun. Wir sind jetzt in Kenntnis, dass die Menschen, an die diese Beiträge ausgezahlt worden sind, in einer Struktur sind, die vom Gericht festgestellt worden ist, das entspricht in der Art der Betreuung, wenn auch nicht von den Standards her, den Tätigkeiten in einem Alters- und Pflegeheim. Aufgrund dieses Gerichtsurteils und in Kenntnis dessen, dass diese Menschen dort sind, glaube ich, dass Sie selber verstehen, dass wir rechtlich in einer etwas komplexeren und etwas komplizierteren Situation sind. Wir haben bis zu diesem Zeitpunkt nicht gewusst, wer die Menschen sind, die in dieser Struktur sind, zu der es dieses Gerichtsurteil gibt, das heißt nicht nur diese, sondern auch schon vorhergehende.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 50/04/17 del 31/3/2017, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante il software SP Expert dell'azienda Sanitaria. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Tra le varie soluzioni software in uso presso l'Asdaa, uno di quelle che suscitano parecchie critiche da parte degli utenti è SP Expert. Nel 2015, in risposta all'interrogazione N. 1353/15 è stato affermato che SP Expert "è soggetto a revisione e suo eventuale utilizzo verrà identificato nel piano strategico previsto per fine anno".

Ciò premesso, si interroga l'assessore competente per sapere

1. cosa è stato deciso a riguardo? il Software continuerà ad essere utilizzato o sarà dimesso?
2. Se continua, a quale costo annuale?
3. Se sarà dimesso, come sarà sostituito? Tramite gara, oppure esistono delle soluzioni disponibili in riuso PA?

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Danke, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe hier zugegebenermaßen so wahnsinnig viele Zettel, dass ich den richtigen nicht finde.

Auf jeden Fall ist es so, dass SP Expert weiterhin in Verwendung ist und auch weiterhin verwendet wird. Was die konkrete Frage bezüglich der Kosten anbelangt, würde ich das gerne danach dem Kollegen nachreichen, sobald ich diese Unterlage gefunden habe.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich würde trotzdem eine Zusatzfrage stellen in Erwartung, dass Sie mir die Daten zu den jährlichen Kosten geben. Sie können mir diese Zusatzfrage eventuell auch noch nachreichen.

Eine Sache würde mich interessieren. Dieses SP Expert, diese Software wird von der deutschen Firma ASTRUM hergestellt. Geht der Auftrag von der SABES direkt an die ASTRUM nach Deutschland oder gibt es hier einen lokalen Zwischenhändler?

Das Zweite ist. SP Expert wurde schon vor fünfzehn Jahren in Meran eingeführt und mittlerweile erst seit fünf Jahren in Bozen. Das läuft immer noch als sogenannte "sperimentazione". Da braucht man keine Ausschreibung zu machen, wenn es nur auf provisorischer Basis als "sperimentazione" läuft. Ich glaube, nach fünfzehn Jahren oder auch nach fünf Jahren in Bozen ist es als "sperimentazione" schwer zu rechtfertigen. Ich ersuche Sie, mir dazu eine Stellungnahme abzugeben, wie das hier vonstatten gehen soll auf welcher rechtlichen Basis.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Wir klären das dann anschließend.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 4/04/17 del 15/3/2017, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante segnalazioni sulla sicurezza monolingui presso l'ospedale di Silandro. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Im vor kurzem eröffneten Abteil des Krankenhauses von Schlanders sind bei den Sicherheits- und Notfalleinrichtungen nur italienischsprachige Beschreibungen vorzufinden (Siehe Anlage). Das kommt auf allen drei Stockwerken vor. Deshalb stellt die Süd-Tiroler Freiheit folgende Fragen:

1. Warum sind die Sicherheitsbeschriftungen nur in italienischer Sprache angebracht?
2. Wird die Landesregierung diesen Missstand beheben?

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Danke, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zu Frage Nr. 1. Der Bauleiter des Bauvorhabens Umbau Bettentrakt Krankenhaus Schlanders hat die ausführende Firma bereits auf diese fehlende Zweisprachigkeit der Sicherheitsbeschriftung hingewiesen. Die zweisprachige Aufschrift bzw. Beschriftung wird unmittelbar vorgenommen.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vielen Dank, Frau Landesrätin. Wenn es nur um die einsprachigen Sicherheitshinweise gehen würde, dann wäre es eines. Aber im Sanitätsbereich gibt es eine schleichende Italianisierung, das muss man inzwischen wirklich sagen. Ich habe erst heute wieder eine Beschwerde bekommen ...

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): *(unterbricht)*

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich habe erst heute wieder eine Beschwerde einer Bürgerin aus Meran bezüglich eines einsprachigen Arztes bekommen. Er musste in die andere Abteilung gehen, um eine Krankenschwester für die Übersetzung zu holen. Das sind einfach keine Zustände. Das ist untragbar.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 13/04/17 del 17/3/2017, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante profughi, soggetti accreditati per l'accoglienza. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): La Provincia di Bolzano è competente su delega statale per l'accoglienza profughi e ha deciso di delegare questa funzione a soggetti accreditati del privato sociale..

Si chiede:

1. Chi sono in Provincia di Bolzano i soggetti tuttora accreditati per l'accoglienza profughi e in quale data ciascuno di essi ha ricevuto l'accredito?
2. Quali procedure sono state seguite per assegnare tale accredito e su quali criteri viene giudicato se un soggetto è accreditabile o no?
3. L'accredito ha un termine di scadenza? E come funziona il sistema di verifica della permanenza delle caratteristiche che sono alla base dell'accredito?
4. E' possibile per nuovi soggetti richiedere di essere accreditati per gestire l'accoglienza profughi? Se sì, che cosa deve fare un nuovo soggetto per ottenere l'accredito? E in quali tempi?

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Danke, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist weder staatsweit noch in Südtirol eine Akkreditierung der Träger der Aufnahmeeinrichtungen vorgesehen. Was vorgesehen ist, sind subjektive und objektive Voraussetzungen, welche der Träger zu erfüllen hat, um in der Aufnahme tätig zu sein. Eine der wichtigsten ist wohl eine mehrjährige spezifische Erfahrung im Flüchtlingsbereich. Die Voraussetzungen sind im Abkommen Regierungskommissariat/Land vom 1. Mai 2016 im Detail geregelt. Die Fraktion der Grünen hat bereits eine Kopie davon angefordert und auch erhalten. Es ist klar ...

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde – Grupa Vërda): *(interrompe)*

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Die Voraussetzungen sind im Abkommen Regierungskommissariat/Land vom 1. Mai 2016 im Detail geregelt. Die Fraktion der Grünen hat bereits eine Kopie davon angefordert und auch erhalten.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde – Grupa Vërda): *(interrompe)*

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Ich lese das jetzt so. Dann muss es sozusagen irgendein Leitungsproblem geben, weil es telematisch weitergeleitet worden ist.

Es ist klar, dass die Voraussetzungen für die gesamte Dauer der Tätigkeit beibehalten werden müssen. Es steht jedem interessierten Träger frei, sofern er im Besitz der vorgesehenen Voraussetzungen ist, ein eventuelles Interesse für die Führung von Aufnahmeeinrichtungen zu melden.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde – Grupa Vërda): Vorrei aggiungere una domanda per precisare, perché di fronte a queste cose a noi viene sempre in mente la gara pubblica, quindi ero partito da questo tipo di impostazione, invece a quanto ho capito questi servizi sono affidati a chi ha le condizioni. La domanda è: la decisione dell'affidamento la prende la Provincia o il Commissariato del Governo?

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Das ist ein Vorgehen in Abstimmung mit dem Regierungskommissariat. Wir haben dieses Abkommen geschlossen. Dort ist ganz klar und in aller Präzision angegeben, welche Voraussetzungen es braucht. Dadurch, dass das Regierungskommissariat die Kontrolle letztendlich hat, ist es ein gemeinsames Vorgehen zwischen Land und Regierungskommissariat.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 20/04/17 del 21/3/2017, presentata dal consigliere Pöder, riguardante borse di studio considerate reddito. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Die Problematik ist schon wiederholt diskutiert worden: Landesbeihilfen wie die Studienbeihilfe werden zum Gesamteinkommen einer Familie hinzugerechnet.

Wird beispielsweise bei einer Familie mit einer alleinerziehenden Mutter die Studienbeihilfe beim Einkommen mitberechnet gibt es in der Folge beim Ansuchen zum Beispiel um Mietbeihilfen entweder Zulassungsprobleme oder geringere Beihilfen.

Andererseits werden beispielsweise Kosten für Ausgaben wie Studentenwohnheime oder Internat nicht berücksichtigt bzw. in vollem Umfang in Abzug gebracht.

Wenn der Steuerfreibetrag durch die Studienbeihilfe für den betreffenden Studierenden überschritten wird muss dieser eine Steuererklärung machen, er lebt damit nicht mehr zu Lasten der Mutter mit all den Folgemaßnahmen beispielsweise bei Ansuchen um Mietbeihilfen oder anderen Leistungen.

1. Gibt es Pläne der Landesregierung, die Beihilfen bzw. bestimmte öffentliche Leistungen des Landes nicht zum Einkommen anzurechnen bzw. weitere Familienausgaben in Abzug zu bringen?

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Danke, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Kollege Pöder! Einleitend ist, glaube ich, die Aussage richtigzustellen, dass die Regelung der Ausgaben, die in der EEEV zum Abzug gebracht werden, das nicht berücksichtigt. Dort steht nämlich Folgendes: "Nach Abzug des Absetzungsbetrages für die Hauptwohnung der anderen steuerrechtlich abziehbaren Aufwendungen und der von der autonomen Provinz Bozen auf der Grundlage der Einkommens- und Vermögenssituation der Familiengemeinschaft ausbezahlten Studienbeihilfen." Somit ist es nicht korrekt, dass die Studienbeihilfen zum Einkommen der Familie dazugerechnet werden.

Etwas anders ist die Situation, das sei durchaus auch angemerkt, bei der finanziellen Sozialhilfe wie Mindesteinkommen oder Mietbeitrag. Hier geht es auch immer um die Abwägung der Frage, ob bei Leistungen, die die Grundbedürfnisse abdecken und relativ niedrige Einkommensgrenzen vorsehen, solche Einkommen, die ebenfalls zur Abdeckung von Grundbedürfnissen beitragen und eine bestimmte Höhe erreichen können, einfach unberücksichtigt bleiben sollen. Es hat dazu häufig Diskussionen gegeben, eigentlich fast jedes Mal. Wenn man neuen Anlauf genommen hat, bei der EEEV zu diskutieren, ist es immer wieder auch thematisiert worden und letztendlich immer negativ bewertet worden. Man ist davon ausgegangen, dass die Antragsteller zusätzlich die entsprechenden Ausgaben vom Einkommen abziehen können. Besonders wenn es sich um öffentliche Transferleistungen handelt, kommt es eventuell zu einer Doppelförderung bzw. zu einer Dreifachförderung, und zwar deshalb, weil es, erstens, einen Steuerabzug gibt, zweitens, ein geringeres EEEV Einkommen und dadurch höhere Transferleistungen und, drittens, das Vorhandensein öffentlicher Förderung begünstigter Tarife für die gleichen Ausgaben. Das war mehr oder weniger immer wieder die Begründung, warum man es dann bei diesen Grundleistungen nicht in Abzug hat bringen können bzw. wo es einfach dazugerechnet worden ist. Es besteht die Gefahr, die betreffenden Personen nicht nur einmal zu fördern, sondern mehrfach für die gleichen Arten von Ausgaben. Das kann wiederum nicht ganz den Situationen der sozialen Gerechtigkeit gerecht werden. Zudem müssen die Auswirkungen auch auf den Landeshaushalt berücksichtigt werden, aber das sei nur am Rande erwähnt.

Grundsätzlich ist es so, dass die Sozialpartner immer bei dieser Diskussion zum Schluss nach langer Diskussion wieder zum Ergebnis gekommen sind, dass man das Ganze, was die Grundleistungen anbelangt, gleich beibehalten wollte wie bisher.

PRESIDENTE: Il consigliere Pöder rinuncia alla replica.

Passiamo all'**interrogazione n. 51/04/17** del 31/3/2017, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante campagna reclutamento medici. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): In der Flüchtlingspolitik fließen die Informationen sehr spärlich und die Gemeinden und deren Bürger werden oft vor vollendete Tatsachen gestellt. Ende Februar hat es ein Treffen der Bezirksgemeinschaft Pustertal zu diesem Thema gegeben. Deshalb stellt die Süd-Tiroler Freiheit folgende Fragen:

1. Was war das Ergebnis dieser Sitzung der Bezirksgemeinschaft Pustertal zu diesem Thema?
2. Müssen auch die Gemeinden des Tauferer Ahrntales Flüchtlinge aufnehmen, und wenn ja, wie viele pro Gemeinde?
3. Haben die einzelnen Bürgermeister ihre Zustimmung dafür gegeben? Falls ja, welche Strukturen bzw. Unterkünfte wollen sie dafür zur Verfügung stellen?

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Danke, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

Zu Frage Nr. 1. Über die Anwerbungskampagne sind insgesamt 792 Bewerbungen samt CV eingegangen. Davon erfolgte mit über 400 Bewerbern eine nähere Kontaktaufnahme. Die Kampagne "Print und Web" funktioniert deshalb, zumindest was die Anmeldungen anbelangt, gut, da die interessierten Interes-

senten in den Zielländern deutlich angestiegen sind. Insgesamt sind von diesen bisher 15 angestellt worden. Demnächst werden weitere 21 angestellt bzw. durchlaufen bereits ein Anstellungsverfahren. Vielleicht sollte man auch berücksichtigen, dass insgesamt von den 100 Arztstellen, die wir zusätzlich ausgeschrieben haben und von den 120 Pflegerinnenstellen, die wir auch zusätzlich ausgeschrieben haben, diese mehr oder weniger jetzt besetzt sind. Es kann durchaus auch sein, das ist jetzt schwer nachweisbar, bei den vorhin genannten ist es nachweisbar, bei den anderen ist es, denke ich, indirekt durchaus auch eine Auswirkung, dass wir jetzt mehr oder weniger alle haben besetzen können. Natürlich werden diese Bewerbungen, die eingegangen sind, auch für zukünftige Stellenausschreibungen auch verwendet. Jetzt gerade aktuell werden alle Interessierten der vier kritischen Disziplinen auch kontaktiert. Das sind Pädiatrie, Gynäkologie, Notfallmedizin, Unfallchirurgie und Anästhesie und da haben sich Gott sei dank doch einige gemeldet. Diese werden in den nächsten Tagen auch kontaktiert. Ich gehe davon aus, dass wir danach doch einige definitiv anstellen können. In diesem Sinne kann man sagen, dass es durchaus Erfolg hatte. Ich glaube auch, dass wir das Ganze noch anreichern können auch durch eine bessere Präsenz von den verschiedenen Universitäten. Das ist auch ein großer Wunsch von mir, den man durchaus ausdehnen kann und wo man noch Zusätzliches tun kann.

Die Zielsetzung, die hier angesprochen worden ist bzw. die Frage, inwieweit man konkrete Zielsetzungen vereinbart hat, geht aus dieser Beantwortung nicht wirklich hervor. Ich habe die Beantwortung von Seiten des Betriebes erhalten, muss hier also noch einmal nachfragen.

Ich glaube, dass es insgesamt schon vernünftig und auch gut war, dass wir versucht haben, uns auch europaweit zu positionieren. Wir stellen dann doch auch immer wieder fest, dass gerade auch aus Deutschland Südtirol als Arbeitsmarkt durchaus interessant ist. Es ist nicht damit zu rechnen, dass wir jetzt Wellen an Ärztinnen und Ärzten bekommen, aber wir haben jetzt doch einige dazu gewinnen können. Von dem her glaube ich schon, dass es im Großen und Ganzen sinnvoll war, eine solche Imagekampagne auch zu machen und dadurch längerfristig auch zu wirken. Das wollen wir auf jeden Fall tun. Ich denke, das Ganze ist durchaus noch zu verstärken über die Medien hinaus in die direkte Kontaktaufnahme, die ich mir besonders wünsche.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich finde auch, dass hier die Anstrengungen, um Ärzte zu finden, auf jeden Fall intensiviert werden sollten.

Eine Frage nur zum Interesse, ob es hier internationale Vergleichswerte gibt. Wenn man sich das so schnell durchrechnet, dann hat es pro Angestellten, wenn weitere 21 noch folgen, ungefähr 14.000 Euro pro Anstellung gekostet die Kampagne. Gibt es Vergleichswerte zum Beispiel im Deutschen oder was ist hier üblich?

Zum Zweiten. Ich denke auch, dass das mit der Präsenz und der direkten Kontaktaufnahme in den Unis sicher ein ganz, ganz zielführender Weg wäre. Es sollte hier, glaube ich, noch aus Zeiten von Landesrat Saurer eine ältere Kooperation geben mit Universitäten in Innsbruck, Freiburg und Padua, glaube ich. Könnte man hier vielleicht etwas wieder auffrischen oder gibt es diese Kooperation noch? Könnte man das vielleicht auch für die Anwerbung von Potentiellen verwenden?

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Meine Anmerkung war nur, dass ich das, was Kollege Köllensperger noch angemerkt hat, genauso dem Betrieb gegenüber gesagt habe.

Ich habe jetzt keine Daten. Wir wissen nur, dass alle Krankenhäuser bzw. Krankenhausanstalten ein Budget für die Anwerbung von Medizinern und Medizinerinnen haben, aber ich habe jetzt keine konkreten Zahlen. Ich kann durchaus versuchen, im einen oder anderen Ort nachzufragen, um es vergleichen zu können.

PRESIDENTE: Abbiamo terminato il tempo a disposizione per la trattazione delle interrogazioni su temi di attualità. Alle interrogazioni non trattate verrà fornita risposta scritta dai componenti competenti della Giunta provinciale entro i prossimi 10 giorni.

Passiamo al punto 3) all'ordine del giorno, disegno di legge provinciale n. 98/16.

Ha chiesto la parola il consigliere Steger, ne ha facoltà.

STEGER (SVP): Herr Präsident, ich würde darum ersuchen, die Behandlung dieses Punktes zu vertagen.

PRESIDENTE: Va bene.
La parola al consigliere Urzi.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): È stato chiesto il rinvio del punto n. 3 all'ordine del giorno, ma il punto n. 3 è inserito nei punti istituzionali. Chi ha titolo per chiedere il rinvio? Chiunque di noi può chiederlo?

PRESIDENTE: Probabilmente ha titolo il consigliere Steger, perché presentatore del disegno di legge.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Spiego questa mia domanda. È ovvio e consequenziale il discorso nel senso che il presentatore sia il titolare del proprio disegno di legge fin tanto che gli appartiene, dopodiché è consegnato alla commissione legislativa che non lo esamina. Questo punto viene trasferito al Consiglio provinciale in quanto punto istituzionale, è divenuto punto istituzionale e non è più di titolarità del primo firmatario. Presidente, credo che dovremo dirci due parole per chiarire in rapporto al fatto che il punto non sia stato trattato in commissione legislativa e alla presidente della commissione chiederei che venisse offerta la possibilità al Consiglio provinciale di rinviare il disegno di legge alla commissione per una trattazione e un articolato confronto in commissione, così come avviene per tutti gli altri punti che sono normalmente affrontati con dibattito in Consiglio provinciale.

Faccio difficoltà a ricordare di disegni di legge presentati e non discussi in commissione e trasferiti al Consiglio, ma su questo in modo particolare credo che si limiti fortemente il diritto di partecipazione del Consiglio tutto e dei membri della commissione a un dibattito, compresa, se vogliamo mettere come estremo punto di interesse, la presentazione di una relazione di minoranza.

Concludo dicendo che questo punto è iscritto fra i punti istituzionali, come tale lo ritengo un punto istituzionale e non più un punto assegnato a una componente politica. Se mi si dice una cosa diversa, chiedo un chiarimento politico.

PRESIDENTE: Il punto è stato inserito fra i punti istituzionali come accade sempre per tutti i disegni di legge che non sono stati esaminati dalla commissione entro i tempi assegnati. Scaduti i termini il disegno di legge viene inserito all'ordine del giorno fra i punti istituzionali. Se viene richiesto dall'aula il rinvio, si accorda, a meno che a maggioranza l'aula non decida di discutere il disegno di legge. Mi pare però che non ci sia stata nessuna obiezione, per cui abbiamo accolto la richiesta di rinvio.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): La richiesta di poter riportare questo disegno di legge in commissione legislativa chi la presenta?

PRESIDENTE: Appartiene all'aula.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Sì, ma normalmente viene richiesta dal presidente della commissione legislativa. Vorrei sapere perché in questo caso il presidente della commissione legislativa non chiede il rinvio come avviene per tutti gli altri disegni di legge.

AMHOF (SVP): Laut Geschäftsordnung liegt mir kein Antrag zwecks Rückverweisung des Gesetzentwurfes an den zuständigen Gesetzgebungsausschuss vor. Ich habe kurz mit dem Einbringer des Gesetzentwurfes darüber diskutiert, der keinen diesbezüglichen Antrag stellen möchte. Deshalb bleibt der Punkt auf der Tagesordnung des Landtages und wird heute nicht behandelt.

PRESIDENTE: A questo punto, mettiamo in votazione la richiesta di rinvio del punto all'ordine del giorno. Apro la votazione: approvata con 20 voti favorevoli, 1 voto contrario e 7 astensioni.

Punto 4) all'ordine del giorno: "**Proposta di deliberazione: Riaccertamento ordinario dei residui e determinazione del fondo pluriennale vincolato in base alla normativa del decreto legislativo n. 118 del 23/6/2011**".

Punkt 4 der Tagesordnung: "**Beschlussvorschlag: Ordentliche Feststellung der Rückstände und Festsetzung des zweckgebundenen Mehrjahresfonds aufgrund der Bestimmungen des gesetzvertretenden Dekretes vom 23.6.2011, Nr. 118**".

Relazione-Bericht

Gentili signore e signori consiglieri,

il presente riaccertamento ordinario dei residui e determinazione del fondo pluriennale vincolato, che è stato elaborato in base alla normativa del decreto legislativo del 23/6/2011, n. 118, è stato approvato dall'ufficio di presidenza del Consiglio provinciale nella sua seduta del 21 marzo 2017. Ai sensi dell'articolo 18, lettera c) del regolamento interno del Consiglio provinciale e dell'articolo 17 del regolamento interno di amministrazione e di contabilità, viene ora presentato al Consiglio per l'approvazione.

Il riaccertamento ordinario dei residui è l'attività diretta ad adeguare lo stock dei residui attivi e passivi al 31 dicembre 2016, alla configurazione del principio contabile generale della competenza finanziaria, la così detta competenza finanziaria potenziata.

La procedura di riaccertamento ordinario dei residui è articolata nelle seguenti attività:

- 1. eliminazione definitiva dei residui attivi e passivi al 31 dicembre 2016 cui non corrispondono obbligazioni perfezionate;*
- 2. eliminazione dei residui attivi e passivi cui non corrispondono obbligazioni esigibili alla data del 31 dicembre 2016, destinati ad essere reimputati agli esercizi successivi, e individuazione delle relative scadenze;*
- 3. determinazione del fondo pluriennale vincolato al 1° gennaio 2017 da iscrivere nell'entrata dell'esercizio 2017 del bilancio di previsione 2017-2019, distintamente per la parte corrente e per il conto capitale, per un importo pari alla differenza tra i residui passivi ed i residui attivi reimputati.*

Invito gentilmente le signore e i signori consiglieri a voler approvare l'allegata bozza del riaccertamento ordinario dei residui e della determinazione del fondo pluriennale vincolato, che è stata elaborata in base alla normativa del decreto legislativo del 23/6/2011, n. 118.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

diese ordentliche Feststellung der Rückstände und Festsetzung des zweckgebundenen Mehrjahresfonds, die aufgrund der Bestimmungen des gesetzvertretenden Dekretes Nr. 118 vom 23.6.2011 ausgearbeitet wurde, ist vom Präsidium des Landtages in der Sitzung vom 21. März 2017 genehmigt worden. Im Sinne von Artikel 18 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Landtages und von Artikel 17 der Verwaltungs- und Buchungsordnung wird sie nun dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt.

Die ordentliche Feststellung der Rückstände ist die Tätigkeit, die darauf zielt, die gesamten Aktiv- und Passivrückstände zum 31. Dezember 2016, an den allgemeinen Buchhaltungsgrundsatz der Finanzkompetenz, der sogenannten potenzierten Finanzkompetenz, anzupassen.

Das Verfahren der ordentlichen Feststellung der Rückstände bringt Folgendes mit sich:

- 1. endgültige Streichung der Aktiv- und Passivrückstände zum 31. Dezember 2016, denen keine rechtlich zustande gekommenen Verpflichtungen entsprechen;*
- 2. Streichung der Aktiv- und Passivrückstände, denen keine zum 31. Dezember 2016 fälligen Verpflichtungen zugrunde liegen, welche nachfolgenden Jahren zugeordnet werden, wobei die jeweiligen Fälligkeiten ermittelt werden;*
- 3. Berechnung des zweckgebundenen Mehrjahresfonds zum 1. Jänner 2017, welcher im Einnahmenteil des Jahres 2017 des Haushaltsvoranschlages 2017-2019, getrennt nach laufenden und Investitionsausgaben, einzutragen ist, wobei der Betrag der Differenz zwischen den erneut festgesetzten Passiv- und Aktivrückständen entspricht.*

Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, den beiliegenden Entwurf der ordentlichen Feststellung der Rückstände und der Festsetzung des zweckgebundenen Mehrjahresfonds, der aufgrund der Bestimmungen des gesetzvertretenden Dekretes Nr. 118 vom 23.6.2011 ausgearbeitet wurde, zu genehmigen.

Proposta di deliberazione - Beschlussvorschlag

Visto riaccertamento ordinario dei residui, e determinazione del fondo pluriennale vincolato in base alla normativa del decreto legislativo n. 118 del 23/6/2011, approvato dall'ufficio di presidenza con delibera n. 28/17 del 21 marzo 2017;

visto il decreto legislativo 23 giugno 2011, n. 118 concernente "Disposizioni in materia di armonizzazione dei sistemi contabili e degli schemi di bilancio delle Regioni, degli enti locali e dei loro organismi";

constatato che l'articolo 3 comma 4 del sopracitato decreto legislativo prevede che al fine di dare attuazione al principio contabile generale della competenza finanziaria, gli enti provvedono annualmente al riaccertamento dei residui attivi e passivi, verificando, ai fini del rendiconto le ragioni del loro mantenimento. Possono essere conservati tra i residui attivi le entrate accertate esigibili nell'esercizio di riferimento, ma non incassate. Possono essere conservate tra i residui passivi le spese impegnate, liquidabili nel corso dell'esercizio, ma non pagate. Le entrate e le spese accertate e impegnate non esigibili nell'esercizio considerato, sono immediatamente reimputate all'esercizio in cui sono esigibili. La reimputazione degli impegni è effettuato incrementando, di pari importo, il fondo pluriennale di spesa, al fine di consentire, nell'entrata degli esercizi successivi, l'iscrizione del fondo pluriennale vincolato a copertura delle spese reimputate. Al termine delle procedure di riaccertamento non sono conservati residui cui non corrispondono obbligazioni giuridicamente perfezionate;

dato atto che l'operazione di riaccertamento ordinario dei residui attivi e passivi così come evidenziato nel punto 9.1 dell'allegato 4/2 del decreto legislativo n. 118/2011 comporta l'eliminazione definitiva dei residui attivi e passivi a cui non corrispondono obbligazioni perfezionate, nonché l'eliminazione dei residui attivi e passivi cui non corrispondono obbligazioni esigibili alla data del 31 dicembre 2016 destinati ad essere reimputati agli esercizi successivi con l'individuazione delle relative scadenze.

dato atto che, ai sensi dell'articolo 3 comma 4, del decreto legislativo n. 118/2011 e successive modifiche ed integrazioni, la costituzione del fondo pluriennale vincolato non è effettuata in caso di re-imputazione contestuale di entrate e di spese;

considerato che, in relazione agli impegni da re-imputare, ad esclusione degli impegni che trovano copertura finanziaria nella contestuale reimputazione delle entrate, è necessario incrementare o costituire il fondo pluriennale vincolato iscritto nella spesa dell'esercizio 2016 per un importo complessivo di euro 383.469,06 (euro 376.563,73 per la parte corrente e euro 6.905,33 per la parte in conto capitale), aggiornare il fondo pluriennale vincolato al 1° gennaio 2017 da iscrivere nell'entrata del bilancio di previsione 2017-2019, distintamente per la parte corrente e per il conto capitale: per l'esercizio 2017, euro 352.529,32 per la parte corrente e euro 6.905,33 per la parte in conto capitale; per l'esercizio 2018, euro 0,00 per la parte corrente e euro 0,00 per la parte in conto capitale; per l'esercizio 2019, euro 0,00 per la parte corrente e euro 0,00 per la parte in conto capitale;

constatato che le risultanze del riaccertamento ordinario dei residui sono contenute nei seguenti allegati: allegato A/1 "Riaccertamento ordinario dei residui attivi – Esercizio 2016 – Derivanti da esercizi pregressi ed elenco eliminazione residui attivi", allegato A/2 "Riaccertamento ordinario dei residui passivi – Esercizio 2016 – Derivanti da esercizi pregressi ed elenco eliminazione residui passivi", allegato B/1 "Riaccertamento ordinario dei residui attivi – Esercizio 2016", allegato B/2 "Riaccertamento ordinario dei residui passivi – Esercizio 2016", allegato E/1 "Elenco accertamenti reimputati a seguito della ricognizione ordinaria – Esercizio 2016", allegato E/2 "Elenco impegni reimputati a seguito della ricognizione ordinaria – Esercizio 2016" e allegato E/3 "Spese corrispondenti alle gare formalmente indette relativa a lavori pubblici" che costituiscono parte integrante del presente provvedimento;

dato atto del parere del Collegio dei revisori dei conti della Provincia Autonoma di Bolzano espresso con verbale n. 8 dell'anno 2017;

ritenuto necessario procedere, in esecuzione dell'articolo 3, comma 4 del decreto legislativo 118/2011, all'approvazione delle risultanze del riaccertamento ordinario dei residui attivi e passivi;

dato atto che, con successivo proprio provvedimento, saranno apportate le variazioni di bilancio conseguenti al riaccertamento dei residui attivi e passivi;
ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
delibera*

di approvare, secondo quanto previsto dall'art. 3 comma 4 del decreto legislativo n. 118/2011 e successive modificazioni ed integrazioni, le risultanze del riaccertamento ordinario dei residui attivi e passivi per l'esercizio finanziario 2016 ed in particolare:

1. di definire l'ammontare dei residui attivi al 31 dicembre 2016 in euro 116.984,15, quali residui attivi derivanti da esercizi pregressi (allegato A/1);
2. euro 24.034,41 corrispondono a crediti non esigibili al 31 dicembre 2016, destinati ad essere reimputati agli esercizi in cui risultano esigibili, come dettagliati nell'allegato B/1, parte integrante e sostanziale del presente atto;
3. euro 146.573,71 corrispondono a debiti insussistenti da eliminare dalle scritture contabili e dettagliati nell'allegato B/2, parte integrante e sostanziale del presente atto;
4. di definire l'ammontare dei residui passivi al 31.12.2016 in euro 68.139,59 (allegato B/2);
5. euro 383.469,06 corrispondono a obbligazioni non esigibili al 31 dicembre 2016, destinate ad essere reimputate agli esercizi in cui risultano esigibili, come risulta dall'allegato E/2, parte integrante e sostanziale del presente atto;
6. rinviare ad un successivo atto dell'ufficio di presidenza le variazioni di bilancio conseguenti al riaccertamento dei residui attivi e passivi.

Nach Einsichtnahme in die ordentliche Feststellung der Rückstände und Festsetzung des zweckgebundenen Mehrjahresfonds aufgrund der Bestimmungen des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 118 vom 23.6.2011, welche das Landtagspräsidium mit Beschluss Nr. 28/17 vom 21. März 2017 genehmigt hat;

nach Einsicht in das gesetzesvertretende Dekret vom 23. Juni 2011, Nr. 118 betreffend „Bestimmungen im Bereich der Harmonisierung der Buchhaltungssysteme und der Bilanzvorlagen der Regionen, der örtlichen Körperschaften und ihrer Organismen“;

festgestellt, dass Artikel 3, Absatz 4 des obgenannten gesetzesvertretenden Dekretes vorsieht, dass zum Zwecke der Umsetzung des allgemeinen Grundsatzes der Finanzkompetenz, die Körperschaften jährlich die Feststellung der Aktiv- und Passivrückstände vornehmen, wobei im Hinblick auf die Rechnungslegung die Gründe für deren Beibehaltung überprüft werden. Unter den Aktivrückständen können die festgestellten Einnahmen, die im Bezugsjahr einlösbar waren, jedoch nicht kassiert wurden, beibehalten werden. Unter den Passivrückständen können die verpflichteten und im Bezugsjahr zahlbaren aber nicht gezahlten Ausgaben beibehalten werden. Die festgesetzten Einnahmen und verpflichteten Ausgaben, die nicht zahlbar sind, werden sofort dem Haushaltsjahr zugeordnet, in welchem die Zweckbindung fällig ist. Die Zuordnung der Zweckbindungen erfolgt mittels Erhöhung, im selben Ausmaß, des zweckgebundenen Mehrjahresfonds der Ausgaben damit auf der Einnahmenseite in den Folgejahren die Einschreibung des zweckgebundenen Mehrjahresfonds zur Deckung der zugeordneten Ausgaben erfolgen kann. Nach Abschluss der Feststellung bestehen keine Rückstände, denen keine rechtlich zustande gekommenen Verpflichtungen entsprechen;

zur Kenntnis genommen, dass die ordentliche Feststellung der Aktiv- und Passivrückstände gemäß Punkt 9.1 der Anlage 4/2 des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 118/2011 die endgültige Streichung der Aktiv- und Passivrückstände, denen keine rechtlich zustande gekommenen Verpflichtungen entsprechen, bedingt, sowie die Streichung der Aktiv- und Passivrückstände, denen keine zum 31. Dezember 2016 fälligen Verpflichtungen zugrunde liegen, welche aufgrund der ermittelten Fälligkeiten nachfolgenden Jahren zugeordnet werden.

zur Kenntnis genommen, dass im Sinne von Artikel 3, Absatz 4 des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 118/2011 in geltender Fassung, im Falle von gleichzeitiger Neu-Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben, der zweckgebundene Mehrjahresfonds nicht eingerichtet wird;

festgestellt, dass es aufgrund der zuzuordnenden Zweckbindungen, ausgenommen der Zweckbindungen, die durch die gleichzeitige Neu-Zuordnung der Einnahmen abgedeckt werden, not-

wendig ist, den in den Ausgaben des Finanzjahres 2016 eingeschriebenen zweckgebundenen Mehrjahresfonds für einen Gesamtbetrag von Euro 383.469,06 (376.563,73 Euro für die laufenden und 6.905,33 Euro für Kapitalausgaben) zu erhöhen bzw. zu bilden, und, infolgedessen den zweckgebundenen Mehrjahresfonds zum 1. Jänner 2017, der in den Einnahmen des Haushaltsvoranschlages 2017-2019, getrennt für den laufenden und den Investitionsanteil, einzuschreiben ist, anzupassen: für das Finanzjahr 2017, 352.529,32 Euro für laufende Ausgaben und 6.905,33 Euro für Investitionsausgaben, für das Finanzjahr 2018, 0,00 Euro für laufende Ausgaben und 0,00 Euro für Investitionsausgaben, für das Finanzjahr 2019, 0,00 Euro für laufende Ausgaben und 0,00 Euro für Investitionsausgaben;

festgestellt, dass die Ergebnisse der ordentlichen Feststellung der Rückstände in den folgenden Anlagen angeführt sind: Anlage A/1 "Ordentliche Neufeststellung der aktiven Rückstände – Haushalt 2016 – Aus vorhergehenden Haushaltsjahren und Liste der gelöschten aktiven Rückstände", Anlage A/2 "Ordentliche Neufeststellung der passiven Rückstände – Haushalt 2016 – Aus vorhergehenden Haushaltsjahren und Liste der gelöschten passiven Rückstände", Anlage B/1 "Ordentliche Neufeststellung der aktiven Rückstände – Haushalt 2016", Anlage B/2 "Ordentliche Neufeststellung der passiven Rückstände – Haushalt 2016", Anlage E/1 "Aufstellung der neuzugeordneten Feststellungen im Zuge der ordentlichen Neufestlegung – Haushalt 2016", Anlage E/2 "Aufstellung der neuzugeordneten Zweckbindungen im Zuge der ordentlichen Neufestlegung – Haushalt 2016" sowie Anlage E/3 "Ausgaben, welche förmlich veröffentlichte Ausschreibungen über Arbeiten betreffen", die einen wesentlichen Bestandteil des vorliegenden Aktes bilden;

nach Kenntnisnahme des Gutachtens (Protokoll Nr. 8 des Jahres 2017) des Rechnungsprüferkollegiums der Autonomen Provinz Bozen;

für notwendig erachtet gemäß Artikel 3, Absatz 4 des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 118/2011, die Ergebnisse der ordentlichen Feststellung der Aktiv- und Passivrückstände zu genehmigen;

festgestellt, dass mit eigener darauffolgender Maßnahme, die Haushaltsänderungen infolge der Feststellung der Aktiv- und Passivrückstände durchgeführt werden;

dies vorausgeschickt,

beschließt
der Südtiroler Landtag

die Ergebnisse der ordentlichen Feststellung der Aktiv- und Passivrückstände für das Finanzjahr 2016, wie im Artikel 3 Absatz 4 des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 118/2011, in geltender Fassung, vorgesehen, zu genehmigen, und insbesondere:

1. die Höhe der Aktivrückstände zum 31. Dezember 2016 wird auf 116.984,15 festgelegt, diese entsprechen Aktivrückständen aus vorhergehenden Jahren (Anlage A/1);
2. 24.034,41 Euro entsprechen nicht einlösbaren Forderungen zum 31. Dezember 2016, welche jenen Jahren zugeordnet werden, in welchem diese einlösbar sind, wie in Anlage B/1 angeführt, die integrierender und wesentlicher Teil dieses Beschlusses ist;
3. 146.573,71 Euro entsprechen nicht mehr bestehenden Verpflichtungen, die aus der Buchhaltung zu streichen sind und in der Anlage B/2 aufgelistet sind, die integrierender und wesentlicher Teil dieses Beschlusses ist;
4. die Höhe der Passivrückstände am 31.12.2016 wird auf 68.139,59 Euro (Anlage B/2) festgelegt;
5. 383.469,06 Euro entsprechen Verpflichtungen, die zum 31. Dezember 2016 nicht zahlbar sind, die jenen Jahren zugeordnet werden, in welchen diese zahlbar sind, wie aus der Anlage E/2, die integrierender und wesentlicher Teil dieses Beschlusses ist, hervorgeht;
6. die aufgrund der Feststellung der Aktiv- und Passivrückstände vorzunehmenden Haushaltsänderungen auf eine nachfolgende Maßnahme des Landtagspräsidiums zu verschieben.

Il presente riaccertamento è realizzato sulla base della normativa dei residui. È l'attività diretta ad adeguare lo stock dei residui attivi e passivi al 31/12/2016 alla configurazione del principio contabile generale della competenza finanziaria, cioè la disposizione che ci impone di adeguare il bilancio del Consiglio al bilancio di cassa del Consiglio. La procedura di riaccertamento prevede quindi di eliminare i residui attivi e passivi al 31/12/2016 a cui corrispondono obbligazioni perfezionate, cioè tutto quello che è stato già incassato deve essere tolto, i passivi che non sono più esigibili vanno eliminati e gli attivi e passivi che sono invece esigibili o imputabili vanno riportati al bilancio dell'anno successivo.

Abbiamo quindi definito l'ammontare dei residui attivi al 31/12/2016 corrispondenti a euro 116.984,14 quali residui attivi derivanti da esercizi pregressi – è l'allegato n. 1 che trovate assieme alla proposta di delibera –; 24.034,41 euro corrispondono ai crediti non esigibili al 31/12/2016 destinati a essere re imputati agli esercizi futuri nei quali saranno esigibili; 146.573,71 euro invece corrispondono a debiti insussistenti da eliminare, quindi non sono più debiti e sono da eliminare. Invece 68.139,59 euro sono i residui passivi totali. 383.469,06 infine corrispondono a obbligazioni non esigibili al 31/12/2016 che vanno destinati a essere reimputati agli esercizi futuri.

Invito le colleghe e i colleghi ad approvare la presente proposta di delibera.

Ha chiesto la parola il consigliere Zimmerhofer, prego.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! Ich möchte eine ganz allgemeine Bemerkung machen. Wenn hier steht "Buchhaltungsgrundsatz der sogenannten potenzierten Finanzkompetenz anpassen", "Harmonisierung der Buchhaltungssysteme und Bilanzvorlagen der Regionen und örtlichen Körperschaften", dann schrillen bei mir alle Alarmglocken. Das klingt nach sehr viel Bürokratie, nach Zentralismus und Ineffizienz. Wir haben jetzt schon öffentliche Körperschaften, Gemeinden und Vereine, die unter dem Bürokratieaufwand stöhnen, da sie ihn fast nicht mehr bewältigen können. Ich sehe in der ganzen Situation keinen Sinn und Zweck, nachdem ja sämtliche Regionen und Provinzen trotzdem ihre Haushalte nicht in den Griff bekommen, also rote Zahlen schreiben. Es kommt mir fast so vor wie im Gesundheitssystem, wo sich der Arzt mit der Bürokratie herumschlagen muss, anstatt sich mit den Patienten befassen zu können. Zu guter Letzt ist dann das gesamte System krank.

PRESIDENTE: Credo di poter condividere alcune delle sue osservazioni, ma forse è il caso di dire "absurda lex, sed lex", così è, così dobbiamo fare.

Qualcun altro chiede la parola sulla proposta di deliberazione? Nessuno. Allora passiamo alla votazione. Apro la votazione: approvata con 22 voti favorevoli e 4 astensioni.

Comunico che a questo punto abbiamo concluso l'esame dei punti istituzionali. Perciò passiamo alla trattazione dei punti della minoranza.

Punto 6) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 372/15 del 29/4/2015, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante premiazione pantirolese in ambito sportivo"**.

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 372/15 vom 29.4.2015, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Atz Tammerle und Knoll, betreffend Gesamtiroler Sportlerehrung"**.

Il 17 aprile 2015 al Kurhaus di Merano, nell'ambito del tradizionale Ballo dello Sport, sono stati premiati gli sportivi altoatesini dell'anno (Andreas Seppi e Dorothea Wierer). Nell'occasione è stato conferito anche il premio Ossi Pircher per i giovani. Allo stesso modo, anche nel Land Tirolo ogni anno si onorano i migliori sportivi tirolesi.

Lo sport è un importante fattore d'identità, non solo per l'individuo ma anche per la società, e crea un senso di comunità e appartenenza. Perciò è desiderabile una più stretta collaborazione fra le parti del Tirolo storico in ambito sportivo, che passo per passo riduca le divisioni fino a rimuoverle completamente.

La Süd-Tiroler Freiheit ha già presentato una mozione mirante a far passare gli atleti altoatesini dal servizio statale a quello provinciale, respinta però a maggioranza nella sessione del febbraio 2014. Il presidente della Provincia Kompatscher motivò il voto spiegando che la Südtiroler Volkspartei avrebbe essa stessa portato avanti questa richiesta a Roma.

Finora evidentemente non è successo, ma con la presente mozione si può fare un ulteriore passo in questa direzione. Infatti bisogna rafforzare la consapevolezza pantirolese nello sport, e a questo fine i sottoscritti sottopongono all'aula la presente mozione:

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

invita

la Giunta provinciale

- 1. a elaborare entro 12 mesi, in collaborazione col Land Tirolo e le competenti organizzazioni, associazioni e autorità, un piano che permetta una premiazione pantirolese in ambito sportivo (alternativamente nel Tirolo del Nord, dell'Est e in Alto Adige);*
- 2. a organizzare la prima premiazione pantirolese degli sportivi al più tardi per la fine della stagione invernale 2016/17.*

Im Rahmen des traditionellen Balls des Sports wurden am 17. April 2015 im Meraner Kurhaus die Süd-Tiroler Sportler des Jahres (Andreas Seppi und Dorothea Wierer) prämiert. Auch der Ossi-Pircher-Jugendpreis wurde dabei vergeben. Ebenso werden im Bundesland Tirol alljährlich die verdienten Tiroler Sportler geehrt.

Der Sport trägt sehr zur Identitätsstiftung nicht nur des Individuums, sondern der Gemeinschaft bei und schafft ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Zugehörigkeit. Daher ist es wünschenswert, dass im Sportbereich enger zwischen den Tiroler Landesteilen zusammengearbeitet wird und dass Trennungen Schritt für Schritt abgebaut werden, bis sie schließlich gänzlich überwunden sind.

Die Süd-Tiroler Freiheit hat bereits einmal einen Beschlussantrag "Sportler zum Land" eingereicht, der jedoch in der Februarsitzung 2014 des Landtages mehrheitlich abgelehnt wurde. Landeshauptmann Arno Kompatscher begründete die Ablehnung damit, dass die Südtiroler Volkspartei dieses Anliegen selber in Rom einfordern werde.

Dies ist bislang offenbar nicht geschehen, doch ein weiterer Schritt in dieselbe Richtung kann nun mit vorliegendem Beschlussantrag gesetzt werden. Es gilt nämlich, das gemeinsame Tirolerbewusstsein im Sportwesen zu stärken, weshalb die Gefertigten folgenden Antrag stellen:

Der Südtiroler Landtag

fordert

die Landesregierung auf

- 1. innerhalb von 12 Monaten, gemeinsam mit dem Bundesland Tirol und den zuständigen Vereinen, Verbänden und Behörden ein Konzept auszuarbeiten, das eine Gesamttiroler Sportlerehrung (abwechselnd in Nord-, Süd- und Ost-Tirol) ermöglicht;*
- 2. genannte Gesamttiroler Sportlerehrung erstmals spätestens mit Ende der Wintersaison 2016/17 zu veranstalten.*

La parola al consigliere Zimmerhofer per l'illustrazione della mozione.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): *Danke, Herr Präsident! Im Rahmen des traditionellen Balls des Sports wurden am 17. April 2015 im Meraner Kurhaus die Süd-Tiroler Sportler des Jahres (Andreas Seppi und Dorothea Wierer) prämiert. Auch der Ossi-Pircher-Jugendpreis wurde dabei vergeben. Ebenso werden im Bundesland Tirol alljährlich die verdienten Tiroler Sportler geehrt.*

Der Sport trägt sehr zur Identitätsstiftung nicht nur des Individuums, sondern der Gemeinschaft bei und schafft ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Zugehörigkeit. Daher ist es wünschenswert, dass im Sportbereich enger zwischen den Tiroler Landesteilen zusammengearbeitet wird und dass Trennungen Schritt für Schritt abgebaut werden, bis sie schließlich gänzlich überwunden sind.

Die Süd-Tiroler Freiheit hat bereits einmal einen Beschlussantrag "Sportler zum Land" eingereicht, der jedoch in der Februarsitzung 2014 des Landtages mehrheitlich abgelehnt wurde. Landeshauptmann Arno Kompatscher begründete die Ablehnung damit, dass die Südtiroler Volkspartei dieses Anliegen selber in Rom einfordern werde.

Dies ist bislang offenbar nicht geschehen, doch ein weiterer Schritt in dieselbe Richtung kann nun mit vorliegendem Beschlussantrag gesetzt werden. Es gilt nämlich, das gemeinsame Tirolbewusstsein im Sportwesen zu stärken, weshalb die Gefertigten folgenden Antrag stellen:

*Der Südtiroler Landtag
fordert
die Landesregierung auf*

- 1. innerhalb von 12 Monaten, gemeinsam mit dem Bundesland Tirol und den zuständigen Vereinen, Verbänden und Behörden ein Konzept auszuarbeiten, das eine Gesamttiroler Sportlerehrung (abwechselnd in Nord-, Süd- und Ost-Tirol) ermöglicht;*
- 2. genannte Gesamttiroler Sportlerehrung erstmals spätestens mit Ende der Wintersaison 2016/17 zu veranstalten.*

Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages ist jetzt wohl etwas zu kurzfristig, weshalb er dahingehend abgeändert werden soll, dass die Gesamttiroler Sportlerehrung erstmals im nächsten Jahr stattfinden soll. Am 21. April ist es dann ja wieder soweit, das heißt, dann findet wieder der Ball des Sports statt. Das wäre die Gelegenheit, ein Zeichen zu setzen, auch im Sport das Trennende zu überwinden und das Gemeinsame zu suchen.

Wir haben letzthin einige Beispiele der Zusammenarbeit gesehen, beispielsweise der Gesamttiroler Lawinendienst. Diese Schritte sollten ausgebaut und fortgesetzt werden. Wir bringen ja ständig neue Vorschläge in Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol ein. Einige werden demnächst folgen. Der Landeshauptmann übernimmt in diesem Jahr ja den Vorsitz der Europaregion Tirol. Das wäre also ein guter Vorschlag, den Sie annehmen könnten. Danke!

MAIR (Die Freiheitlichen): Der Südtiroler Landtag hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit Vorschlägen befasst, die eine engere Zusammenarbeit der Tiroler Landesteile im Bereich des Sports zum Inhalt hatten. Auch wir Freiheitlichen haben diesbezüglich Vorschläge unterbreitet. Dabei ging es um Gesamttiroler Mannschaften, Gesamttiroler Meisterschaften und um die gemeinsame Nutzung von Sportanlagen bis hin zu einer gemeinsamen Bewerbung für die Austragung von Olympischen Spielen. Der gegenständliche Beschlussantrag zielt darauf ab, eine Gesamttiroler Sportlerehrung abwechselnd in Nord-, Süd- und Osttirol abzuhalten, und dem können wir gerne zustimmen. Was mit den Auszeichnungen für verdiente Persönlichkeiten mit dem Verdienstkreuz oder mit der Verdienstmedaille des Landes Tirol seit vielen Jahren üblich ist, könnte mit der Ehrung erfolgreicher Sportler Gesamttirols fortgesetzt werden. Alle Maßnahmen, die zu einer engeren Bindung der Tiroler Landesteile führen, sind im Grunde genommen unterstützungswürdig.

Der Kollege Zimmerhofer hat bereits gesagt, dass man das Jahr ausbessern müsste. Im beschließenden Teil unter Punkt 2 müsste es natürlich "die Jahre 2018/2019" heißen. Ich würde mir wünschen, dass ein Datum ausgewählt wird, an dem die Sportler auch effektiv anwesend sein können. Es betrifft ja nicht nur die Winter-Sportler.

Auf jeden Fall kommt von unserer Fraktion eine Zustimmung zu diesem Beschlussantrag.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Die bisherigen Sportlerehrungen waren ja eher eine private Veranstaltung, ich glaube seitens der ZETT oder Athesia. Warum also sollte es nicht eine offizielle Sportlerehrung geben? Das kann man ohne weiteres machen. Ich bin der Meinung, dass man hier Gemeinsamkeiten finden soll. Ob das dann auf der anderen Seite auch so gesehen wird, weiß ich nicht. Wir haben leider Gottes die Geschichte mit den Gesamttiroler Meisterschaften erlebt, wo man uns buchstäblich sitzen lassen hat. Da wurde ja ein Treffen organisiert, welches die Kollegin Landesrätin Stocker in die Wege geleitet hat. Es wurde dann aber kurzfristig abgesagt, weil man nicht eine Ehe eingehen wollte, ohne die Braut vorher zu fragen. Als die Braut davon gehört hat, hat sie gesagt: "Nein, ich komme nicht!" Da hat man uns vor dem Altar stehen gelassen. Wie gesagt, ich finde diese Idee gut, wenn auch von der anderen Seite die entsprechende Bereitschaft kommt und bestimmte Kriterien eingehalten werden.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich bin von Natur aus unsportlich. Dieter Knoll und ich waren gemeinsam in der Schule, wobei wir die zwei jeweils Schlechtesten in Turnen waren. Deshalb bin ich wenig befähigt, hier das Wort zu ergreifen.

Trotzdem ein paar Hinweise. Es wäre natürlich wichtig, wenn die Rivalitäten zwischen den verschiedenen Landesteilen abgebaut würden. Die sind ja untergründig spürbar. Das merkt man, wenn man beispielsweise den Wintersport verfolgt. Wenn einer unserer Champions in Kitzbühel gewinnt, so wird das zwar mit dem Kommentar "ein toller Bursch" versehen und Dominik Paris gibt daraufhin ein übersetzungswichtiges Interview. Die Freude ist aber trotzdem nicht sehr groß. Hier gibt es schon erhebliche Differenzen. Auch der Lied-Einsatz der Olympiasiegerin Venier hat darauf hingedeutet, dass der sportliche Zusammenhang zwischen den Landesteilen doch deutlich zu verbessern wäre. Gewiss könnte man daran denken, eine Gesamtiroler Sportlerehrung vorzunehmen, wobei es aber fraglich ist, ob das Medienhaus hier noch weiter mitziehen würde. Das müsste man erst sehen. Aus meiner Sicht wäre das aber ein interessanter Versuch, allerdings unter der Voraussetzung, dass man die Trentiner mit ins Boot nimmt. Die fehlen mir hier in diesem Gesamtiroler Konzept. Ich könnte mir schwer vorstellen, dass Tania Cagnotto für das Springerdoppel ausgezeichnet würde, während Francesca Dallapè nicht mehr preiswürdig wäre, weil sie nicht zu diesem Gesamtiroler Konzept gehört. Insofern ist der Ansatz durchaus interessant, um die sportlichen Rivalitäten abzubauen, aber aus unserer Sicht wäre es wichtig, nicht nur Nord-, Ost- und Südtirol einzubeziehen, sondern auch das Trentino. Wir haben dort wichtige Champions, die mit unseren Sportlern im Verbund fahren, beispielsweise Stefano Gross und andere mehr. Deshalb werden wir dem Beschlussantrag in dieser Form nicht zustimmen.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Ho visto che il collega Heiss ha mostrato una grande cultura sportiva snocciolando nomi e qualità dei singoli atleti di un'area molto vasta, e quindi mi mette in imbarazzo. Rimane però il concetto che ha sostenuto e al quale intendevo rifarmi anch'io. Bisogna essere chiari una volta per tutte su dove si vuole andare e quale sia l'impegno che si intende approfondire. Ampia parte di questo Consiglio lavora sul concetto dell'Unione Europea del Trentino-Alto Adige e Tirolo, questa mozione va in una direzione molto diversa. A me non affascina né uno degli ambiti né l'altro, però bisogna dire una volta per tutte al di fuori dell'ambiguità, ma lo dico soprattutto a chi poi sarà chiamato a votare questa mozione, ossia la maggioranza che ha la maggioranza dei voti in questo Consiglio, dire da che parte si vuole andare. Ci si crede a quella cosa che si chiama Euregio Tirolo-Trentino e Alto Adige o non ci si crede? Si crede a un altro modello, che è quello proposto dai Süd-Tiroler Freiheit che chiaramente è un altro modello, ispirato a tutt'altra cosa, che è di natura etnico linguistica, fa riferimento ai tedeschi, a un mondo, a un'area, a uno spazio geografico, fa riferimento a una tradizione storica e culturale, non fa riferimento a occasioni di incontro e di collaborazione.

Bisogna scegliere due modelli: se è un modello pantirolese in termini etnici o un modello che invece avvicina comunità, popolazioni della regione Trentino Alto Adige con le popolazioni del Tirolo in uno spirito di amicizia che sia autenticamente nello spirito dell'Europa.

Per questa ragione la mozione così proposta, che è nel solco delle iniziative dei Süd-Tiroler Freiheit e sul quale ricordo, assessore Tommasini, Lei ha avuto la brillante opportunità di confrontarsi con il presidente Kompatscher definendo quel concetto "di moratoria". Vediamo se la moratoria regge ogni volta che è messa alla prova!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es geht zunächst um zwei Punkte. Einerseits geht es darum, dass Sportlerehrungen bisher von einem Medienhaus getätigt wurden. Da wäre die grundsätzliche Frage zu stellen, ob es die Aufgabe eines Medienhauses ist, Sportlerehrungen vorzunehmen oder ob nicht das Land selbst die Würdigung der Sportler vornehmen sollte. Wir glauben, dass das eigentlich das Land machen sollte. Ein Medienhaus macht das ja nicht, um wohlwollend den Sportlern etwas Gutes zu tun, sondern man sieht da ja auch den eigenen Profit und die Stärkung der eigenen Auflage. Im Grunde genommen ist das ja eine Imagekampagne. Wir glauben, dass die Sportler in Nord-, Ost- und Südtirol Hervorragendes leisten. Es steckt sehr viel Arbeit dahinter, die entsprechend gewürdigt werden sollte. Wir haben ja bereits die sehr schöne Tradition, dass am Hoch-Unser-Frauen-Tag und am Andreas-Hofer-Tag verdiente Persönlichkeiten gemeinsam geehrt werden. Wir glauben, dass man das auf den Bereich des Sports ausdehnen sollte, denn auch hier setzen sich Menschen einen Teil ihres Lebens dafür ein, um eine Leistung zu erbringen und der Allgemeinheit bis zu einem gewissen Punkt einen Dienst zu erweisen. Hinter diesen Sportlern steckt ja auch eine Marketing-Strategie, die letzten Endes unserem Land zugute kommt. Denken wir nur daran, dass das Land Tirol bei großen Sportveranstaltungen immer den Tirol-Berg hat. Auch im Hinblick auf den entsprechenden Beschluss des Dreier-Landtages, der vorsieht, in der Tourismus-Werbung gemeinsam aufzutreten,

wäre es ein gutes Signal, derartige Auszeichnungen und Würdigungen gemeinsam zu vergeben, um durchaus das Gemeinsame hervorzuheben. Wir haben bewusst von Nord-, Ost- und Südtirol gesprochen, weil man die politische Realität im Trentino erkennen muss, die in vielfacher Weise eine andere ist als in Südtirol. Während man in Nord-, Ost- und Südtirol in diesem Bereich vielfach eine Gemeinsamkeit sieht, ist diese Gemeinsamkeit politisch im Trentino oft nicht gegeben. Man sollte einen Schritt vorausgehen und zeigen, dass es funktionieren kann, damit der andere diesen Schritt mitgeht. Das Trentino darf bei aller Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit in der Europaregion Tirol kein Hemmschuh dafür sein, dass wir in gewissen Bereichen nicht mit Nord- und Osttirol zusammenarbeiten dürfen, wenn das Trentino nicht mitmacht. Wenn es mitmachen möchte, gerne, aber wenn es kein Interesse hat, dann kann es doch nicht sein, dass wir es dann auch nicht machen. Das ist also bewusst so gewählt worden. Wenn das Trentino interessiert ist, dann wird man darüber reden.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Was das Trentino betrifft, muss man sich an den Dreier-Landtag zurückerinnern. Wir hatten ja einmal den Antrag gestellt, eine Gesamttiroler Olympiade auszurichten. Wer hat diesen Antrag versenkt? Das Trentino! Nur, um zu sagen, wie es funktioniert. Deshalb teile ich die Meinung des Abgeordneten Knoll.

Ich bin froh, dass die Politik immer mehr erkennt, dass die Sportler Botschafter unseres Landes sind. Deshalb möchte ich das Medienhaus schon ein bisschen verteidigen. Hätte es nämlich die Sportlerwahl nicht ins Leben gerufen, dann wären unsere Sportler nie so richtig ins Rampenlicht gekommen. Das muss man sagen. Die Politik hat die eigenen Sportler vergessen. Ich bin froh, dass die Sportlerehrungen bereits stattgefunden haben, aber wenn wir als Land unsere Sportler als Botschafter unserer Heimat hernehmen, dann ist mir das mehr als Recht.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass die Sportlerehrung von den Medienhäusern organisiert wird und dadurch natürlich auch eine entsprechende Aufmerksamkeit erfährt. Das ist nichts Schlechtes und trägt sicher dazu bei, die Sportlerinnen und Sportler entsprechend anzuerkennen. An dieser Stelle sei mir erlaubt, dem Kollegen Stocker zu danken. Er war es nämlich, der die Anregung gab, eine Verabschiedung der Sportlerinnen und Sportler zu machen. Das haben wir bei den Special Olympics gemacht. Das war etwas, was allen gut getan hat. Letztendlich sind es die politischen Gespräche, die sehr konstruktiv sind und versuchen, etwas auf den richtigen Weg zu bringen und dann für alle zu einem Erfolg werden.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die Sportlerehrungen in Südtirol und im Bundesland Tirol ganz unterschiedlich sind. Wir haben immer nur diejenigen geehrt, die eine besondere sportliche Leistung erbracht haben, während im Bundesland Tirol recht barock ausgezeichnet wird. Wir machen das natürlich auch, allerdings in anderer Art und Weise.

So, wie der Beschlussantrag formuliert ist, möchte ich sagen, dass 2016/2017 etwas zu nahe gerückt ist, weshalb alle schon im Laufen ist. Außerdem möchte ich nicht die Situation erleben, wie wir sie beim Fußball erlebt haben, nämlich, dass wir uns recht wacker an Beschlussanträge halten und dann mit einer Antwort aus dem Bundesland Tirol konfrontiert sind, mit der man uns sagt, dass man nicht interessiert sei. Insofern würde ich sagen, dass wir die Behandlung dieses Beschlussantrages aussetzen. Ansonsten müssen wir dagegen stimmen. Ich möchte auf jeden Fall beim Bundesland Tirol und auch im Trentino nachfragen, inwieweit man sich gemeinsam in diese Richtung bewegen könnte. Es wäre nach außen hin wirklich ein sehr gutes Zeichen. Natürlich wird es schwierig sein, einen gemeinsamen Termin zu finden. Sie wissen ja, wie sehr die Sportler beschäftigt sind. Ich glaube, dass es durchaus eine Überlegung wert ist, zu sagen, hier etwas Gemeinsames zu machen. Wir werden uns dann aber auch genauer darüber unterhalten müssen, wie das Ganze ablaufen soll, wie viele in Erwägung gezogen werden usw. Dann werden wir auch klären müssen, wo das Ganze stattfinden soll. Das möchte ich im Vorfeld klären. Es sollte nämlich nicht so sein, dass wir einen Beschlussantrag verabschieden und dann zum guten Schluss feststellen müssen, dass die anderen das nicht wollen. Ich werde also bei den beiden Ländern Tirol und Trentino nachfragen, wie sie dazu stehen. Dann würde ich dem Landtag Bericht erstatten.

Eine andere Überlegung wäre auch die, dass man so etwas im Rahmen des Dreier-Landtages vorbereitet, immer in Absprache mit den jeweiligen Landesregierungen.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Kollege Knoll hat es schon vorweggenommen, dass die Ehrung der Sportler nicht von einem Medienhaus, sondern vom Land ausgehen sollte.

Kollege Pöder, bei der Gesamttiroler Fußballmeisterschaft kam die Initiative von den kleinen Funktionären in Tirol. Die Absage ging von Wien, also vom Verband aus. Im kleinen Rahmen ist die Zustimmung sicher gegeben.

Kollege Heiss, wenn Sie sagen, dass das Trentino miteinbezogen werden sollte, so möchte ich Ihnen sagen, dass wir zunächst kleine Schritte setzen sollten. Wenn das Trentino Interesse zeigt, dann kann es natürlich mitmachen.

Kollege Urzì, es gibt in Südtirol auch Sportler italienischer Muttersprache, die hervorragende Leistungen erbringen. Das ist sicher nicht in die ethnische Ecke zu stellen.

Um der Landesrätin entgegenzukommen, möchte ich eine Änderung vorschlagen. 2016/2017 ist viel zu eng, aber der Beschlussantrag stammt ja vom April 2015. Man sollte sich also auf die Saison 2017/2018 beziehen. Im italienischen Teil sollte "Alto Adige" in "Provincia autonoma di Bolzano" abgeändert werden.

Ich möchte das noch mit der Landesrätin besprechen, weshalb ich darum ersuchen, die Abstimmung auf morgen zu vertagen.

PRESIDENTE: Va bene.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

Grazie la seduta è chiusa.

Ore 18.05 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (18)
AMHOF (29)
BLAAS (10, 11)
DEEG (7, 10, 11)
DELLO SBARBA (16, 17, 26)
HEISS (3, 9, 10, 36)
KNOLL (7, 8, 18, 19, 37)
KÖLLENSPERGER (12, 14, 24, 25, 27, 28)
KOMPATSCHER (13, 14, 21)
LEITNER (4)
MAIR (1, 20, 21, 36)
MUSSNER (9)
NOGGLER (6, 7)
PÖDER (3, 8, 18, 26, 36)
PRESIDENTE (34)
SCHULER (9, 10, 15)
STEGER (2, 28)
STOCKER M. (16, 18, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 38)
STOCKER S. (38)
THEINER (8)
TOMMASINI (12, 20, 22)
URZÌ (4, 11, 12, 22, 23, 24, 29, 37)
WURZER (15, 16)
ZIMMERHOFER (4, 14, 15, 25, 34, 35, 39)
ZINGERLE (6)